

3. Tagung des 9. Parteitages

9. bis 10. Mai 2025 in Chemnitz

Antragsheft II

Die Linke

Inhaltsverzeichnis

Berichte	Seite 5
Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 7
Bericht der Linken im Deutschen Bundestag	Seite 10
Bericht des Parteirates	Seite 14
Anträge	Seite 17
mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 19
mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 45
zur Satzung	Seite 63
zur Wahlordnung	Seite 63
zur Finanzordnung	Seite 65

Impressum/ Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 31. März 2025

Berichte

Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission an den Parteitag in Chemnitz, 9. bis 10. Mai 2025

Gemäß Parteiengesetz § 9 Absatz 5 hat jede Partei eine Innenrevision zu wählen.

Die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) wurde auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei Die Linke am 17. November 2023 in einer Stärke von 7 Mitgliedern gewählt.

Die BFRK arbeitet unabhängig, selbstständig und in voller Eigenverantwortung und ist nur dem Bundesparteitag über ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig.

Laut Bundessatzung § 27 Finanzrevision (3) und (4) prüfen Finanzrevisionskommissionen die Finanztätigkeit der Vorstände, der Geschäftsstellen und der gesamten Partei sowie den Umgang mit dem Parteivermögen. Sie unterstützen die jährliche Finanz- und Vermögensprüfung gemäß Parteiengesetz.

In der Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen der Partei Die Linke sind folgende Aufgaben festgelegt:

- die einheitliche und konsequente Durchsetzung der Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft, insbesondere der Finanzordnung;
- die ordnungsgemäße und sparsame Verwendung der finanziellen und materiellen Mittel der Partei, insbesondere hinsichtlich ihrer politischen und sachlichen Begründung sowie der ordnungsgemäßen Beschlussfassung.

Prüfungen der Bundesfinanzrevisionskommission

Prüfungen im Bereich Finanzen des Parteivorstandes (PV) wurden jeweils im November in den Jahren 2023 und 2024 durchgeführt.

Folgende Landesverbände wurden während der Amtsdauer der Bundesfinanzrevisionskommission geprüft:

2024:

- Bremen
- Sachsen-Anhalt

2025:

- Schleswig-Holstein
- Bayern

Schwerpunkte der Prüfungen der BFRK in den Landesverbänden waren hauptsächlich:

- Die Einhaltung der Finanzpläne (Plan-Ist-Vergleich);
- die ordnungsgemäße Buchhaltung (Vier-Augen-Prinzip, Belegerfassung, Belegbearbeitung und -ablage);
- die Beitragskassierung, Arbeit mit den Mitgliedern und den Mandatsträgern;
- die Erstellung und Abgabe der Rechenschaftsberichte und
- die Arbeit der LFRK;
- Inventarverzeichnis.

Folgende grundsätzliche Anmerkungen von Seiten der BFRK zu den Prüfungen in den Landesverbänden bestehen:

- Das Vier-Augen-Prinzip bei Banküberweisungen bzw. Freigabe von Abrechnungen und Zahlungen ist zwingend einzuhalten.
- Reisekosten sind grundsätzlich über ein Formular abzurechnen und entsprechend vom Antragssteller zu unterschreiben, ebenso jeweils eine Unterschrift für die sachliche und rechnerische Richtigkeit.
- Finanzpläne sollen grundsätzlich ohne Defizit, d. h. ohne Rückgriff auf die Rücklagen geplant werden.

Prüfungstermine in den Landesverbänden

Die Abstimmung von Prüfungsterminen mit den Landesverbänden gestaltet sich für die BFRK zunehmend schwierig. Oft bleiben Rückmeldungen ganz aus oder erfolgen erst nach wiederholter Erinnerung per Telefon und E-Mail durch die mit der Organisation beauftragten Genoss*innen. In vielen Fällen kommen geplante Termine nicht zustande, sodass Prüfungen verschoben werden müssen.

Die BFRK bittet daher dringend darum, schneller auf Terminanfragen zu reagieren. So kann sichergestellt werden, dass bei Bedarf rechtzeitig Ersatztermine mit anderen Landesverbänden organisiert werden können.

Abgabe der Jahresrechenschaftsberichte

Die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) stellte bei ihren Prüfungen, sowie anhand von Rückmeldungen aus dem Finanzbereich des Parteivorstands fest, dass Landesverbände weiterhin Schwierigkeiten haben, ihren Rechenschaftsbericht fristgerecht bis zum 28. Februar eines Jahres beim Parteivorstand einzureichen. Hauptursache dafür ist, dass nicht alle Kreisverbände die erforderlichen Unterlagen rechtzeitig an ihre Landesverbände übermitteln.

Aufgrund dieser Verzögerungen konnte der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2023 erst Ende November bei der Bundestagsverwaltung eingereicht werden. Damit wurde der gesetzlich vorgeschriebene Abgabetermin am 30. September bereits das dritte Jahr in Folge nicht eingehalten. Jedes Mal musste eine Fristverlängerung beantragt werden.

Die Bundesfinanzrevisionskommission weist eindringlich darauf hin, dass eine Nichteinhaltung der Abgabefristen gravierende Folgen haben kann. Insbesondere besteht das Risiko, dass die staatlichen Mittel nicht oder nur teilweise ausgezahlt werden. Diese Mittel sind essenziell für den Parteivorstand, sämtliche Arbeitsbereiche und die Beschäftigten im Karl-Liebknecht-Haus. Ein Ausbleiben der staatlichen Gelder würde die Handlungsfähigkeit der Partei auf Bundesebene massiv gefährden.

Darüber hinaus hätte dies gravierende Auswirkungen auf die Landesverbände, da keine Zuschüsse aus dem Länderfinanzausgleich mehr gewährt werden könnten. Ebenso wäre eine Unterstützung des Zentralen Wahlkampffonds nicht mehr möglich. Dies würde die finanzielle Handlungsfähigkeit der Partei auf allen Ebenen erheblich einschränken und künftige Wahlkämpfe massiv erschweren.

Neben der Kürzung oder dem Ausfall der staatlichen Parteienfinanzierung führt die Nichteinhaltung der Fristen zu einer deutlichen Erhöhung von Aufwand und Kosten der Berichtserstellung und -prüfung.

Finanzielle Lage der Partei

In den vergangenen Jahren konnte die Bundespartei entstehende Defizite nur durch die Auflösung von Rücklagen ausgleichen – beispielsweise im Jahr 2023 in Höhe von rund 200 TEuro bzw. in Höhe von rund 600 TEuro im Jahr 2024.

Fakt ist: Ein „Weiter so“ auf der Ausgabenseite darf es nicht geben. Auch wenn das sehr gute Bundestagswahlergebnis die finanzielle Lage deutlich entspannt und verbessern wird, muss es das Ziel sein, ausgeglichene Finanzpläne zu erstellen, in denen die Einnahmen die jährlichen Ausgaben ohne Rückgriff auf die Rücklage decken. Zudem sollten nach Möglichkeit Überschüsse erwirtschaftet werden, um die Rücklagen wieder aufzufüllen.

Nach wie vor angespannt bleibt die Lage auf Ebene vieler Landesverbände sowie im Zentralen Wahlkampffonds. Die schlechten Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen führen zu deutlich geringeren staatlichen Mitteln in den Landesverbänden. Schon jetzt sind einige Landesverbände nicht mehr in der Lage, die Kosten für einen Landtagswahlkampf aus diesen eigenen Mitteln zu finanzieren. Während dies früher vor allem ein Problem der westdeutschen Landesverbände war, betrifft es mittlerweile auch die ostdeutschen Landesverbände.

Ein Beispiel: Der Landesverband Brandenburg hatte für den Landtagswahlkampf 2024 einen Etat von rund 476.000 Euro. Die bis zum nächsten Landtagswahlkampf 2029 zu erwartenden staatlichen Mittel belaufen sich hingegen nur auf etwa 83 TEuro. Mit dieser Summe ist in einem Flächenland wie Brandenburg kein angemessener Wahlkampf möglich. Ähnliche Finanzierungslücken bestehen in vielen weiteren Landesverbänden.

Eine zusätzliche Belastung für die betroffenen Landesverbände – insbesondere im Osten – sind die fehlenden oder stark reduzierten Mandatsträgerbeiträge der Landtagsabgeordneten sowie der Mangel an Infrastruktur, beispielsweise durch das Fehlen bzw. die Verkleinerung von Landtagsfraktionen und Wahlkreisbüros.

Das positive Bundestagswahlergebnis und der damit verbundene Aufwärtstrend müssen dringend genutzt werden, um auch auf Landesebene wieder bessere Wahlergebnisse zu erzielen und mit starken Landtagsfraktionen in die Parlamente zurückzukehren. Dem Bundesschatzmeister und dem Bundesfinanzrat wird dringend empfohlen, zu beraten, wie sowohl der Zentrale Wahlkampffonds als auch der Länderfinanzausgleich langfristig stabil und zukunftssicher aufgestellt werden können.

Aus Sicht der Bundesfinanzrevisionskommission ist es entscheidend, gezielt Mittel der Bundespartei in den Aufbau und Erhalt von Strukturen sowie in erfolgversprechende Landtagswahlkämpfe zu investieren. Zudem müssen – wie bereits beschrieben – die Rücklagen der Bundespartei wieder aufgefüllt werden.

Auch die deutlich positive Mitgliederentwicklung muss genutzt werden, um die Eigenfinanzierung der Landes- und Kreisverbände zu sichern und auszubauen. Hier sind die Vorstände auf allen Gliederungsebenen gefordert, die Beitragsehrlichkeit und die Erhöhung der Beitragseinnahmen zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen.

Trotz dieser positiven Entwicklung ist die Bundesfinanzrevisionskommission der Ansicht, dass weiterhin geprüft werden muss, wie die Verwaltung von Mitgliedern und Finanzen effizienter gestaltet werden kann – beispielsweise durch eine gezielte Bündelung von Aufgaben auf bestimmten Ebenen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachfolgend möchten wir euch den Tätigkeitsbericht der Gruppe Die Linke aus dem Bundestag vorlegen. Der Berichtszeitraum beginnt nach der parlamentarischen Sommerpause im September 2024 und endet mit der Konstituierung des 21. Deutschen Bundestags, dem 25. März 2025. In diesen Zeitraum fallen der Bruch der Ampel-Regierung und der fulminante Wahlkampf unserer Partei. Im letzten Bericht haben wir u.a. die Liquidation der Bundestagsfraktion und den Aufbau der parlamentarischen Gruppe beschrieben. Kleiner Spoiler: Dieser Bericht endet mit dem Wiedereinzug der Linken in den Bundestag in Fraktionsstärke. Unser Bericht soll, in der gebotenen Sachlichkeit, Transparenz über die Arbeit der Gruppe Die Linke im Bundestag herstellen.

Mit solidarischen Grüßen

Heidi und Sören

Gruppe Die Linke im Bundestag

Bericht der Fraktion Die Linke im Bundestag

An die Delegierten des Bundesparteitags in Chemnitz

Die Gruppe ist während des Berichtszeitraums zu zwölf regulären Sitzungen am Dienstag in einer Sitzungswoche zusammenkommen und darüber hinaus zu drei außerordentlichen Sitzungen (7.11. und 16.12.). Im Schnitt haben 23 MdB an den Gruppensitzungen teilgenommen (+5 zum letzten Berichtszeitraum), vier MdB waren durchschnittlich entschuldigt, meist wegen Krankheit. Die Gruppe war auf jeder ihrer Sitzungen beschlussfähig:

- 24.9.2024, 20 MdB (3 entschuldigt, 5 unentschuldigt)
- 8.10.2024, 23 MdB (2 entschuldigt, 3 unentschuldigt)
- 15.10.2024, 20 MdB (6 entschuldigt, 2 unentschuldigt)
- 5.11.2024, 24 MdB (2 entschuldigt, 2 unentschuldigt)
- 7.11.2024, 24 MdB (2 entschuldigt, 2 unentschuldigt)
- 7.11.2024, 26 MdB (2 entschuldigt)
- 12.11.2024, 22 MdB (5 entschuldigt, 1 unentschuldigt)
- 3.12.2024, 22 MdB (5 entschuldigt, 1 unentschuldigt)
- 16.12.2024, 25 MdB (3 entschuldigt)
- 17.12.2024, 20 MdB (5 entschuldigt, 3 unentschuldigt)
- 28.1.2025, 23 MdB (5 entschuldigt)
- 10.2.2025, 20 MdB (7 entschuldigt, 1 unentschuldigt)
- 11.3.2025, 24 MdB (4 entschuldigt)
- 17.3.2025, 20 MdB (5 entschuldigt, 3 unentschuldigt)

Der Vorstand hat genausooft – vorversetzt – getagt und war ebenfalls immer beschlussfähig. Mit Ausnahme einer krankheitsbedingten Entschuldigung über zwei Sitzungen war der Vorstand immer vollzählig.

Da die Gruppe in ihren Aufsetzungsmöglichkeiten eingeschränkt ist (siehe Bericht BPT Halle), hatte sie in den wenigen Sitzungswochen bis zum Bruch der Ampel Anfang November lediglich zwei Mal die Gelegenheit, ein Thema im Bundestag zu setzen. Das fand donnerstags zu später Stunde statt, wenn keine Kameras mehr live übertragen.

Folgende Debatten hat Die Linke im Bundestag aufgrund ihrer Anträge im Berichtszeitraum erwirkt:

- 10.10.2024: Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland, BT-Drucksache 20/12586
- 17.10.2024: Mittagessen: Kostenfrei, gesund und lecker – in allen Schulen und Kitas, BT-Drucksache 20/12110

Nach der parlamentarischen Sommerpause bis zum Bruch der Ampel bzw. bis zum Ende der Legislaturperiode hat die Gruppe **27 Anträge** eingebracht, die entweder ohne Debatte direkt in die Ausschüsse zur Behandlung überwiesen oder aber den Gesetz-entwürfen der Bundesregierung beigelegt wurden, damit für die Dauer des Gesetzgebungsverfahrens linke Alternativvorschläge und Ideen erkennbar sind. Bis zum Redaktionschluss hat die Gruppe **208 Kleine Anfragen** zur Kontrolle der Bundesregierung gestellt. Das sind im Schnitt 27 pro Monat und unterstreicht noch einmal die willkürliche Beschränkung der Bundesregierung auf zehn.

Da der Berichtszeitraum das Ende der Wahlperiode (WP) insgesamt einschließt, ist eine abschließende Übersicht über die parlamentarischen Initiativen möglich. In der 20. WP hat die **Gruppe Die Linke** insgesamt 428 parlamentarische Initiativen in den Bundestag eingebracht: 45 Anträge, 3 Gesetzentwürfe, 365 Kleine Anfragen, 1 Große Anfrage, 12 Entschließungs- und 2 Änderungsanträge. Die **Fraktion Die Linke** hat in den ersten beiden Jahren der 20. WP bis zu ihrer Auflösung am 6.12.2023 insgesamt 1 200 parlamentarische Initiativen in den Bundestag eingebracht: 191 Anträge, 8 Gesetzentwürfe, 966 Kleine Anfragen, 1 Große Anfrage, 24 Entschließungs- und 10 Änderungsanträge.

Die zwei der Gruppe zugestandenen **Aktuellen Stunden** pro Jahr konnten 2025 nicht in Anspruch genommen werden, da SPD, Grüne, FDP und Union ab dem Bruch der Ampel die Tagesordnung unter sich aufgeteilt haben.

Was bedeutet das? Die Tagesordnung des Bundestags wird im Ältestenrat unter den 1. PGF's vereinbart (wir durften als Gruppe zwar noch teilnehmen, aber nicht mehr abstimmen). Für gewöhnlich wird die Anzahl der Aufsetzungen nach Fraktionsgröße und Regierung/Opposition verteilt. Seit dem Bruch der Ampel sind nur noch Initiativen auf die Tagesordnung gekommen, die SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP unter sich vereinbart haben. Das war das Angebot von Friedrich Merz an die Bundesregierung: „...sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt“ (Stenographischer Bericht der 199. Sitzung, 20/199)).

Wir wissen seit dem 29. Januar 2025, dass dies gelogen war. Unter der Führung von Friedrich Merz haben CDU und CSU die demokratische Mitte verlassen und zusammen mit der FDP den Schulterschluss mit der AfD gesucht. Nur wenige Stunden nach einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus.

Öffentlichkeitsarbeit

Anfang Oktober hat die Gruppe an 250 Standorten für den Zeitraum von zwei Wochen bundesweit eine breit angelegte **Plakatkampagne zur Abrüstung** veröffentlicht: „Die Waffen nieder! Verhandeln statt aufrüsten. Wir stehen im Bundestag für Diplomatie, Friedenstüchtigkeit und gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen.“ Damit sollte der Antrag der Gruppe, der am 10.10.2024 in den Bundestag eingebracht wurde, öffentlich gemacht werden. Das Motiv der Großflächen war zudem als Stickerformat bei der Gruppe bestellbar. Auf der Kampagnenseite der Gruppe waren zudem die friedenspolitischen Initiativen zusammengefasst: *frieden.dielinkebt.de*.

Mitte November 2024 ist die **Mietenkampagne** der Gruppe gestartet. Hierzu gab es bundesweit zwei Großflächenformate.

- „Mieten deckeln, Mieten senken! Wir fordern: Bezahlbares Wohnen für Alle. Erfahre mehr unter: *mieten.dielinkebt.de*“ (Großfläche 1) und
- „Zahlst du Wuchermiete? Mach den Check und wehr dich auf *www.mietwucher.app*“ (Großfläche 2).

Letztere wurde in den vier Schwerpunktstädten gehängt, die als erstes in die extra hierzu konzipierte Mietwucher-App aufgenommen wurden. Hierzu gab es zusätzlich in den vier Städten weitere A1-Plakate („Zahlst du Wuchermiete? Mach den Check und wehr dich! *www.mietwucher.app*“). Damit hat die Gruppe ihren Gesetzentwurf zur effektiven Verfolgung von Mietwucher begleitet (BT-Drs. 20/9174).

Mietwucher ist verboten, wird allerdings kaum geahndet, weil ein Nachweis der individuellen Ausnutzung einer Notlage kaum erbringbar ist. Die Linke im Bundestag findet: Ein angespannter Wohnungsmarkt muss als objektiver Beweis einer Notlage genügen, um gegen überhöhte Mieten vorzugehen. Deshalb will Die Linke die Streichung des Nachweises der Ausnutzung und eine Verdopplung des Bußgeldrahmens auf 100.000 Euro. Darüber hinaus hat die Gruppe Die Linke in einem zusätzlichen Antrag einen bundesweiten Mietendeckel und ein starkes, soziales Mietrecht gefordert, um Mieterinnen und Mieter endlich vor den explodierenden Mieten und den Verlust ihrer Wohnungen zu schützen (BT-Drs. 20/12105).

Neben der Plakatierung der Großflächen bundesweit und in den Schwerpunktstädten hat die Gruppe Anzeigen geschaltet und Broschüren, Flyer und Sticker zu ihren mietenpolitischen parlamentarischen Initiativen erstellt und verschickt.

Darüber hinaus hat die Gruppe die Verteilzeitung „Links“ mit einem Umfang von 12 Seiten und in einer Auflage von 1 000 000 Anfang Dezember herausgegeben, die die Schwerpunktthemen der drei Großflächenkampagnen Mieten, Abrüstung und kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen noch einmal gebündelt aufgegriffen hat.

Zusammenarbeit mit Partei

Die beiden Gruppen- und neuen Parteivorsitzenden haben ein regelmäßiges Austauschformat, das wöchentlich stattfindet. Die Parteivorsitzenden nehmen regelmäßig an den (Vorstands-)Sitzungen der Gruppe teil, die Vorsitzenden der Gruppe an den Sitzungen des Parteivorstands und des Bundesrats bzw. des Parteirats. Alle vier teilen sich selbstverständlich auf. Sind die Gruppevorsitzenden verhindert, haben sie über die Teilnahme ihres Vorstandsbüros sichergestellt, dass die Gruppe anwesend ist. Hier zur Erinnerung: In den Berichtszeitraum fiel die Zeit des Wahlkampfs und Heidi und Jan hatten als Spitzenkandidaten einen noch volleren Terminkalender, als üblich. Das galt auch für Ines und Sören, die jeweils in ihren beiden Wahlkreisen um das Direktmandat gekämpft haben (und schlussendlich auch gewinnen konnten).

Zudem gibt es mittlerweile auch auf Arbeitsebene belastbare Arbeitsstrukturen zwischen der Gruppe und dem Karl-Liebknecht-Haus. Ob Vorstand, Presse oder

Öffentlichkeitsarbeit, Formate wie Absprachen in gemeinsamen Morgenrunden oder digitale Info-Runden vor einer Sitzungswoche sorgen zunehmend dafür, dass die Arbeit unter den Häusern miteinander verzahnt wird. Darüber hinaus informieren die Vorsitzenden aus jeder Sitzungswoche die Landesvorsitzenden, was Die Linke im Bundestag tut, um auch hier sicherzustellen, dass niemand aus der Zeitung überrascht wird.

Hello Again: Fraktion Die Linke im Bundestag

Am 24. Februar stand in den frühen Morgenstunden das vorläufige amtliche Endergebnis fest und wir hatten es schwarz auf weiß: Die Linke zieht mit 8,8 Prozent wieder in Fraktionsstärke in den neuen Bundestag ein. Am 25. Februar haben sich die Abgeordneten der neuen Fraktion zur konstituierenden Sitzung im Bundestag getroffen. Auf dieser Sitzung hat die neue Fraktion einen wegweisenden Beschluss gefällt, der auch als Zeichen für die neue Art der Zusammenarbeit zu werten ist: Die Parteivorsitzenden haben ab sofort volles Stimmrecht im Vorstand der Bundestagsfraktion. Neben Informationen zum Mandat und zur Arbeit im Bundestag ging es dann zunächst aber noch um die Sondersitzungen des alten Bundestags zur Aufweichung der Schuldenbremse bei Aufrüstung und zum Investitionspaket.

Konstituierung 21. Deutscher Bundestag

Am 25. März hat sich der 21. Deutsche Bundestag konstituiert. Die Eröffnungsrede hat der dienstälteste Abgeordnete gehalten, Gregor Gysi. Bei der Konstituierung werden auch die/der Bundestagspräsident/in und die Stellvertretungen gewählt. Die Linke hat Bodo Ramelow nominiert, der direkt im ersten Wahlgang gewählt wurde. Hierzu noch einmal herzlichen Glückwunsch. Er tritt damit in die Fußstapfen von Petra Pau, die zuvor von April 2006 bis März 2026 Vizepräsidentin des Bundestags war, wofür wir uns an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich bedanken wollen.

Klausur der Fraktion Die Linke im Bundestag

Vom 26. bis 28. März 2025 hat sich die neue Fraktion in ihrer Klausur dafür genommen, sich kennenzulernen und sich für die anstehende Wahlperiode aufzustellen. Wie die neue Fraktion arbeitet, welche Strukturen sie sich gibt und wer in welchem Ausschuss arbeiten wird, soll in kollektiven Prozessen erarbeitet und transparent besprochen und beschlossen werden. Das gilt auch für die Frage der Besetzung des neuen Fraktionsvorstands.

In eigener Sache

Im letzten Bericht haben wir transparent gemacht, dass der Bruch der Fraktion und die Arbeit als Gruppe mit einem spürbaren Verlust an Beschäftigten einhergingen. In der Zeit der Liquidation und dem Aufbau der Gruppe sind einige an ihre Belastungsgrenze gestoßen, weil sie durch ihre Arbeit dazu beigetragen haben, dass Die Linke im Bundestag nicht im Chaos versunken ist. Das war eine Mammutaufgabe, für die es keine Blaupause gab. Jetzt bauen wir eine neue Fraktion auf. Aber kollektive Prozesse und Transparenz bedeuten eben auch, dass es alles einen Moment dauert, bis neue Beschäftigte eingestellt werden können. Wir wissen, dass dies im Moment noch zu keiner spürbaren Entlastung führt. Und trotzdem ist die Stimmung hinter den Kulissen unglaublich gut. Die Mannschaft, mit der wir hier durch das Tal der Tränen gegangen sind, ist so dermaßen motiviert seit dem Wahlkampf, dass alle und jeder derzeit über sich hinauswächst.

Deshalb richten sich die letzten Worte in diesem Bericht an unsere Beschäftigten in der Fraktion und in den MdB-Büros: Ihr seid spitze und Danke für eure Arbeit!

Bericht des Parteirats

Präsidium des Parteirats

Nach dem Berliner Parteitag im Januar 2025 tagte der Parteirat am 29./30.3.2025.

I.

Beim Hallenser Parteitag wurde durch die Satzungsänderung der Bundesausschuss nicht nur in Parteirat umbenannt, sondern erhielt auch eine Aufwertung in Richtung eines strategischen Zentrums durch die Hinzufügung der Länderfraktionsvorsitzenden als ständige beratende Mitglieder neben der Bundestagsfraktion.

Dies scheint aber bei den **Landtagsfraktionen** noch nicht angekommen zu sein, denn allein die Bremer Fraktionsvorsitzende war unserer Einladung gefolgt, obwohl die Landtagsfraktionen als wesentliche Säule der Partei zu gemeinsamen thematischen Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit berichten sollten. Nach Auffassung des Parteirats sollte eine stärkere öffentliche Sichtbarkeit unserer politischen Schwerpunkte nicht ausschließlich die Aufgabe der Bundestagsfraktion sein.

So berichteten zu den parlamentarischen Schwerpunkten nur die Bundestagsfraktion und die Fraktion in der Bremer Bürgerschaft, was dem Parteirat die Möglichkeit nahm, darüber zu sprechen, wie bei größeren gemeinsamen Planungen alle Landesverbände bzw. Zusammenschlüsse die Sichtbarkeit noch weiter ausbauen könnten.

II.

Der Parteirat beschäftigte sich mit der **Auswertung der Bundestagswahlen**, die in allen Landesverbänden eine stark erhöhte Aktivität durch viele neue, überwiegend junge Mitglieder auslöste. Diesen Schwung nun weiterzuführen und die **vielen neuen Mitglieder** in den Kreisverbänden und auch Zusammenschlüssen durch thematische Arbeit zu binden, wird neben den großen organisatorischen Aufgaben und der Umverteilung von Verantwortung für die Zukunft der Partei wesentlich werden. Die „Neuen“ bringen aus ihrem bisherigen Leben vielfach andere Debatten- und Aktionsformen mit. Das verlangt von den „(Partei-)Alten“ nicht nur Flexibilität und Zutrauen, sondern auch Anleitung im Umgang mit Parteiverfahrensweisen und Hilfen bei der Umsetzung von Ideen, was allgemein im Parteirat aber sehr positiv gesehen wurde.

Die innerparteilichen Kommunikationsprozesse müssen überdacht werden, da alle Ebenen der Partei in Newslettern, Briefen und E-Mails ähnliches mitteilen und damit eher zur Überlastung der Adressierten als zur Klarheit beitragen, welche Ebene eigentlich für was zuständig ist und an wen man sich zur Orientierung wenden sollte.

III.

In der **Auswertung des Berliner Parteitags** und der Aussicht auf diesen Parteitag wurde vor allem die Herstellung von akzeptierten Kompromissen bei schwierigen politischen Themen positiv hervorgehoben.

Der anstehende Programmprozess benötigt allerdings andere Debattenformate als nur Entscheidungen auf Bundesparteitagen. Dazu sollte sich der Parteivorstand Gedanken machen.

IV.

Dem Parteirat lag ein Dringlichkeitsantrag zum **Abstimmungsverhalten der Landesregierungen** Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat vor, der Konsequenzen für die Ministerinnen bzw. Senatorinnen forderte. (Vorlage 018D Parteirat)

Alternativ dazu wurde der Parteivorstandsbeschluss 2025/274D zum gleichen Thema eingebracht. Nach eingehender Debatte wurde der PV-Beschluss mit großer Mehrheit angenommen.

V.

Der Parteirat ließ sich über die Entwicklungen in der **Europäischen Linken** und den weiteren Organisationsbestrebungen unterrichten.

Helmut Scholz wurde für den Vorstand der EL vom Parteirat bis zur regulären Neuwahl im Herbst als Vertretung für Janis Ehling berufen.

VI.

Die **Zusammenschlüsse** sollen vom Parteirat laut Satzung regelmäßig überprüft werden. Da alle zuletzt viele Mitgliederverluste, aber auch -gewinne verzeichnen konnten, mit ihren Datenbeständen oftmals als ehrenamtliche Funktionsträger*innen aber überfordert sind, hat die Bundesgeschäftsstelle die Pflege der Registrierung in diesem Jahr übernommen. So wird die Mitgliedschaft in einem Zusammenschluss demnächst im MGL verzeichnet und verschafft auch dem einzelnen Mitglied eine bessere Übersicht über die (bisweilen langjährigen, aber vergessenen) Mitgliedschaften. Erst wenn diese Fleißarbeit beendet sein wird, wird der Parteirat über die Anerkennung der Zusammenschlüsse, ihre Aufgaben und ihre Stellung in der Partei grundsätzlich beraten.

VII.

Der Parteirat ließ sich über den Stand der **Feministischen Erneuerung** informieren und beschloss den **Finanzplan** der Bundespartei.

Für den Parteirat:

Das Präsidium

Anträge

Antrag G.01: Anerkennung der Jenischen als nationale Minderheit in Deutschland

Antragsteller*in:

KV Südpfalz

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Anerkennung der Jenischen als nationale Minderheit in Deutschland**

2 Die Linke setzt sich auf allen politischen Ebenen aktiv dafür ein, dass die Jenischen in
3 Deutschland als nationale Minderheit gemäß der Europäischen Charta der Regional- oder
4 Minderheitensprachen sowie des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten
5 anerkannt werden.

6 1. Die Linke fordert die Bundesregierung auf, die Jenischen offiziell als nationale
7 Minderheit anzuerkennen.

8 2. Die Linke wird diese Forderung in parlamentarische Anträge und politische Initiativen
9 einbringen.

10 3. Die Partei wird sich mit Organisationen der Jenischen vernetzen und sie in ihrer
11 politischen Arbeit unterstützen.

Begründung

Die Jenischen sind eine historisch gewachsene Bevölkerungsgruppe mit einer eigenen Sprache, Kultur und Identität. In der Schweiz wurden sie bereits als nationale Minderheit anerkannt. In Deutschland hingegen fehlt bisher eine offizielle Anerkennung, obwohl Jenische hier seit Jahrhunderten leben und eine eigenständige kulturelle Gemeinschaft bilden.

Die fehlende Anerkennung führt zu strukturellen Benachteiligungen, unter anderem im Bereich der Bildungs- und Kulturförderung sowie des Minderheitenschutzes. Zudem erschwert sie den Schutz vor Diskriminierung und Antiziganismus, von dem viele Jenische nach wie vor betroffen sind. Die Anerkennung als nationale Minderheit würde dazu beitragen, ihre Rechte zu stärken und ihre kulturelle Identität zu schützen.

Darüber hinaus wurden die Jenischen in Deutschland und anderen europäischen Ländern über Jahrhunderte hinweg verfolgt. Während der NS-Zeit waren sie Ziel von Zwangssterilisationen, Internierungen und Deportationen. Auch nach 1945 wurden sie weiterhin stigmatisiert und diskriminiert. Die fehlende historische Aufarbeitung dieser Verfolgungsgeschichte verstärkt die gesellschaftliche Marginalisierung der Jenischen bis heute.

Die Linke setzt sich für soziale Gerechtigkeit und den Schutz marginalisierter Gruppen ein. Daher ist es unser Auftrag, die Forderung der Jenischen nach Anerkennung zu unterstützen und entsprechende Initiativen auf politischer Ebene zu ergreifen.

Antrag G.02: Drohende Atomtransporte von Jülich nach Ahaus verhindern!

Antragsteller*in:

LV NRW

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Drohende Atomtransporte von Jülich nach Ahaus verhindern!**

2 Ab Sommer dieses Jahres drohen Atomtransporte von Jülich nach Ahaus quer durch NRW. Das
3 Oberverwaltungsgericht in Münster hat im Dezember 2024 entschieden, dass die 152
4 Castorbehälter mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementen aus dem ehemaligen
5 Versuchsreaktor in Jülich im Zwischenlager in Ahaus eingelagert werden dürfen, und damit
6 eine Klage der Stadt Ahaus abgewiesen.

7 Im Januar 2025 hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) den
8 Entwurf der Transportgenehmigung für die Jülicher Brennelemente nach Ahaus an das
9 nordrheinwestfälische Ministerium für Wirtschaft (MWIKE NRW) als Aufsichtsbehörde
10 geschickt mit der Aufforderung zu einer Stellungnahme bis zum 21.3.2025. Sowohl der
11 Entwurf der Transportgenehmigung als auch die Stellungnahme des MWIKE sind nicht
12 öffentlich.

13 Bei Genehmigung des Transports wären das 152 Schwerlasttransporter mit bestrahlten
14 Brennelementen auf den Straßen Nordrhein-Westfalens. Pro Sattelzug kann nur ein AVR-
15 Behälter transportiert werden. Nach derzeitiger Projektplanung wird mit einer Gesamtdauer
16 von zwei Jahren ab Beginn der Transporte gerechnet.

17 Die rund 300 000 abgebrannten Brennelemente aus dem Betrieb des stillgelegten Jülicher
18 Atomversuchsreaktors AVR werden bisher im AVR-Behälterlager am Standort des
19 Forschungszentrums Jülich in Castor-Behältern zwischengelagert. Betreiberin des
20 Zwischenlagers und für eine sichere Lagerung oder einen sicheren Abtransport der
21 Brennelemente verantwortlich ist die bundeseigene Jülicher Entsorgungsgesellschaft für
22 Nuklearanlagen mbH (JEN).

23 Das AVR-Behälterlager in Jülich war von 1993 bis 2013 genehmigt. Eine Verlängerung der
24 Genehmigung erforderte jedoch Nachweise zur Erdbebensicherheit, die dem aktuellen Stand
25 von Wissenschaft und Technik entsprechen, z.B. basierend auf einem theoretisch möglichen
26 Extremerdbeben. Da diese kurzfristig nicht erbracht werden konnten, sprach das
27 Wirtschaftsministerium NRW 2014 schließlich eine atomrechtliche Anordnung zur
28 unverzüglichen Entfernung der Brennelemente aus dem bestehenden Jülicher Zwischenlager
29 aus, diese wurde aber bis heute nicht umgesetzt. Ab dem 01.07.2013 und auch heute noch
30 lagern die Brennelemente ohne Genehmigung in Jülich. Seit mehr als 10 Jahren versuchen
31 unterschiedliche Bundes- und NRW- Landesregierungen, die abgebrannten Brennelemente des
32 AVR Jülich irgendwohin abzuschleppen. Das wäre mehr als genug Zeit gewesen, ein den
33 Anforderungen genügendes neues Zwischenlager in Jülich zu errichten. Nur diese Option
34 wurde im Bund und im Land eher wenig bis gar nicht behandelt; von der JEN wurde sie
35 faktisch nicht verfolgt.

36 Aus guten Gründen setzt sich Die Linke wie viele Menschen, Initiativen und Verbände auch,
37 dafür ein, auf die unnötigen und gefährlichen 152 Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus
38 zu verzichten:

39 Schon seit 2022 ist klar, dass die Erdbebensicherheit im Jülicher Zwischenlager entgegen
40 früherer Annahmen doch gegeben ist. Das bestätigt auch das Bundesamt für die Sicherheit
41 der nuklearen Entsorgung (BASE). Damit ist der Hauptgrund für die unverzügliche
42 Räumungsanordnung des Jülicher Zwischenlagers von 2014 entfallen. Die gefährlichen Castor-
43 Transporte quer durch NRW haben also nun noch weniger als bisher eine Berechtigung. Nach
44 Ausräumung der Nachweislücken zur Erdbebensicherheit kann die unverzügliche
45 Räumungsanordnung heute aufgrund veränderter Umstände widerrufen werden. Rechtlich
46 zulässig wäre eine Aussetzung der Räumungsanordnung und deren Flankierung durch eine
47 Duldungsverfügung. Mit der Duldungsverfügung wäre anzuordnen, dass befristet bis zur
48 Genehmigung und der Realisierung eines neuen Zwischenlagers oder der Wiedergenehmigung des

49 bestehenden Zwischenlagergebäudes die vorhandenen Castorbehälter im bisherigen Lager
50 verbleiben dürfen. Doch die für die Atomaufsicht zuständige NRW-Wirtschaftsministerin Mona
51 Neubaur (Grüne) ist untätig geblieben. Das steht im klaren Widerspruch zu der
52 Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN in NRW für die Jahre 2022-2027. Darin heißt es
53 wörtlich: „Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. Das gilt auch für
54 Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente
55 bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich
56 vorantreiben.“

57 Vorliegende Gutachten zeigen ferner, dass eine kurzfristige Ertüchtigung des bestehenden
58 Jülicher Castor-Lagers und eine langfristige Lagerung in einem möglichst sicheren
59 Zwischenlager-Neubau in Jülich möglich sind. Doch dessen Finanzierung wurde von
60 Bundesfinanzministern von SPD und FDP über Jahre verzögert. Bundesfinanzminister Jörg
61 Kukies (SPD) könnte im Bund kurzfristig noch Tatsachen schaffen und wichtige
62 Unterschriften für Grundstückskäufe in Jülich leisten, um dort ein modernes Lager für die
63 kommenden Jahrzehnte zu ermöglichen.

64 Im Zwischenlager Ahaus, in das der Atom Müll aus Jülich transportiert werden soll, gibt es
65 keine Möglichkeit, defekte Castoren zu reparieren. Schon in 2036 erlischt zudem die
66 Genehmigung des Zwischenlagers. Niemand weiß, was mit den hochradioaktiven
67 Hinterlassenschaften dann passieren soll. Hinzukommt, dass das Ahauser Zwischenlager keine
68 langfristige, maximale Sicherheit für den hochbrisanten Atom Müll bietet. So kommt eine von
69 der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt jüngst in Auftrag gegebene Studie der
70 renommierten Sicherheitsexpertin für Atomanlagen, Dipl.-Phys. Oda Becker zu dem Ergebnis,
71 dass das Zwischenlager für hochradioaktiven Atom Müll in Ahaus nicht ausreichend gegen
72 gezielte Angriffe geschützt ist.

73 Die Linke fordert:

- 74 • Die Verantwortung für die langfristige Lagerung und Vorbereitung des Atom Mülls für
75 die Endlagerung muss bei den Verursachern in Jülich verbleiben.
- 76 • Die Räumungsverfügung für das Zwischenlager Jülich muss umgehend widerrufen werden.
77 Dafür ist die Atomaufsicht in NRW zuständig.
- 78 • Die Genehmigung der unnötigen und gefährlichen hochradioaktiven Transporte von Jülich
79 nach Ahaus durch das BASE muss umgehend gestoppt werden! Insbesondere gibt es keine
80 Sicherheitsgründe für die Anordnung eines Sofortvollzugs zur Durchsetzung derart
81 gefährlicher Atomtransporte mit der Transportgenehmigung. Das wäre absurd, nachdem
82 der Atom Müll nun seit Jahren in Jülich lagert.

- 83 • Die Mittel für einen möglichst sicheren Zwischenlager-Neubau in Jülich und die dafür
84 notwendigen Grundstückskäufe müssen umgehend bereitgestellt werden.
- 85 • Es muss Schluss sein mit der unverantwortlichen Verschleppungstaktik der
86 verantwortlichen, bundeseigenen Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen
87 (JEN), die seit über zehn Jahren die sichere Lagerung ihres Atommülls sabotiert.
88 Dringend Ihrer Aufsichtsverantwortung gerecht werden müssen insbesondere die
89 Bundesministerien für Forschung und Finanzen, die die Option der weiteren Lagerung in
90 Jülich bislang beharrlich ignorieren. Aber auch die schwarz-grüne NRW-Landesregierung
91 muss Verantwortung im Aufsichtsrat der JEN übernehmen, nicht zuletzt, um die Aussagen
92 ihres Koalitionsvertrages zur Verhinderung unnötiger Atommüll-Transporte zu erfüllen.
- 93 • Das Hin- und Herschieben von Atommüll muss endlich aufhören. Längst überfällig ist
94 ein schlüssiges, mit den Betroffenen gemeinsam erarbeitetes Gesamtkonzept zur maximal
95 sicheren Langzeit-Zwischenlagerung von allen Atommüll-Sorten in Deutschland.
- 96 Die Partei Die Linke wird sich an Protesten gegen die drohenden Castor-Transporte von
97 Jülich nach Ahaus beteiligen bzw. wenn möglich mit der Anti-AKW Bewegung und anderen
98 Organisationen vor Ort Aktionen dagegen organisieren.

Antrag G.03: Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - Jerusalemer Erklärung umsetzen, tragfähiges Fundament schaffen!

Antragsteller*in:

Susanne Dzeik (BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Martha Kleedörfer (BV Berlin Mitte), Jaime Martínez Porro (BV Berlin Steglitz-Zehlendorf) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - Jerusalemer Erklärung umsetzen,**
2 **tragfähiges Fundament schaffen!**

3 In ihrem Kampf gegen Antisemitismus stellt sich Die Linke hinter die Forderung von
4 hunderten Wissenschaftler*innen und Antisemitismusexpert*innen nach einer tragfähigen
5 Antisemitismusdefinition und schließt sich gemeinsam mit ihnen der Jerusalemer Erklärung
6 an.

7 In dieser wird die Auffassung vertreten, dass Antisemitismus einige spezifische
8 Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf
9 gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und
10 geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist. Diese Definition verschließt sich
11 dem Missbrauch des Antisemitismusbegriffs von rechts. Sie ermöglicht die Bekämpfung und
12 das Monitoring von Antisemitismus und ist auch für Bildungszwecke notwendig.

13 Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition-Antisemitismus" der International
14 Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und Bundestagsbeschlüssen
15 als verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu Räumen und Fördermitteln zu
16 kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen, Personenüberprüfungen und
17 Bekenntniszwänge werden ebenfalls abgelehnt. Die Linke kritisiert den zunehmenden Gebrauch
18 der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein massives Einfallstor für autoritäres,

19 staatliches Handeln ist. Damit hat sich die Definition auch in diesem Sinne zu einem
20 repressiven Instrument entwickelt, um unliebsame Kritik und politischen Protest zu
21 verhindern.

22 Die Linke stellt sich auch gegen die im Bundestag verabschiedeten Resolutionen “Nie wieder
23 ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken” und
24 “Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen”. Diese Resolutionen
25 zeigen eindrücklich, dass sie nicht dem Schutz jüdischen Lebens dienen. Anders als die
26 Überschriften versprechen, eröffnen diese Resolutionen den Weg zu einem autoritären
27 staatlichen Vorgehen. Sie schaffen ein Klima der Angst und ebnen den Weg zu Zensur und
28 Repressionen gegenüber kritischen Äußerungen zur Unterstützung israelischer
29 Kriegsverbrechen mit deutschen Waffen und zur Politik der israelischen Regierung. Dieses
30 Vorgehen unterläuft den Kampf gegen Antisemitismus als komplexe, gesamtgesellschaftliche
31 Aufgabe. Nicht zuletzt, weil hier eine Definition als tragfähiges Fundament fehlt.

Begründung

Beim letzten regulären Bundesparteitag unserer Partei 2024 in Halle wurde der Antrag zur Antisemitismusdefinition der “Jerusalem Erklärung” und gegen Repression und Einschränkung der Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit aufgrund des Antisemitismusvorwurfes in den Parteivorstand überwiesen. Seitdem wurde der Antrag nicht behandelt. Mehrere Mails der Antragsteller*innen des letzten Antrages an den Parteivorstand wurden bis zur Einreichung des Antrages nicht beantwortet. Deshalb sehen wir uns gezwungen einen erneuten Antrag zu stellen, denn aufgrund der Unschärfe der Positionen unserer Partei wurden mit den im Bundestag verabschiedeten Resolutionen “Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken” und “Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen” aufgrund eines falschen Verständnisses von Antisemitismus Fakten geschaffen, die dem Kampf gegen Antisemitismus extremen Schaden zufügen.

Die staatliche Bekämpfung des Antisemitismus nimmt immer bizarrere und repressivere Formen an, bis hin zur Verhinderung eines Auftritts der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese in Deutschland und einer offenen Missachtung internationalen Rechts durch den neuen Bundeskanzler Friedrich Merz, der den israelischen Ministerpräsidenten trotz Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) nach Deutschland einladen will.

Statt aus Angst vor vermeintlichen Antisemitismusvorwürfen in der Öffentlichkeit den Kopf einzuziehen, muss sich Die Linke endlich offensiv mit Antisemitismus und den neusten Forschungsergebnissen auseinandersetzen und sich dem Ruf von hunderten Wissenschaftler*innen anschließen, die einen eklatanten Missbrauch der Antisemitismusdefinition und deren Vereinnahmung durch rechte bis rechtsextreme Kräfte feststellen.

Die Schwächen der «Arbeitsdefinition» sind das Einfallstor für ihre politische Instrumentalisierung, etwa um gegnerische Positionen im Nahostkonflikt durch den Vorwurf des Antisemitismus moralisch zu diskreditieren.

Papers. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.

<https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-international-holocaust-remembrance-alliance/>.

Im Oktober 2019 verfasste Peter Ullrich, Dr. phil. Dr. rer. med., Technische Universität Berlin und Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung, im Auftrag von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und medico international e. V ein Gutachten zur “Arbeitsdefinition-Antisemitismus” der International

Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in dem er der Definition gravierende Mängel nachweist. Viele Beispiele, welche die IHRA als Antisemitismus definiert, lassen einen breiten Interpretationsspielraum zu und sind nicht in jedem Fall antisemitisch, sondern aus den Konfliktdynamiken des Nahost-Konflikts verstehbar. Er kommt zu dem Schluss, dass `der Versuch, Probleme allgemeiner begrifflicher Klärung und universeller praktischer Einsetzbarkeit mithilfe der «Arbeitsdefinition Antisemitismus» zu lösen, insgesamt als gescheitert angesehen werden muss´.

Ungehindert dessen entwickelt sich die Praxis in der Benutzung dieser Definition als behördliches und juristisches Regulierungsinstrument ungehindert weiter. Dies führt zu immer mehr Repressionen und Einschränkungen von Grundrechten und verunmöglicht einen offenen, gesellschaftlichen Diskurs über diese äußerst widersprüchliche und hochkomplexe Materie.

Selbst Kenneth S. Stern, federführender Verfasser der Arbeitsdefinition, wendet sich entschieden gegen ihren Einsatz als `Waffe, um politische Äußerungen zu unterdrücken, zu zensieren oder zu unterbinden´.

<https://blogs.timesofisrael.com/we-disagree-about-the-working-definition-thats-ok-heres-whats-not/>

Oft sind auch Jüdinnen und Juden von Zensur, Ausladungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Strafbefehlen, Kündigungen, Ent-Finanzierungen und Demonstrations- und Sprechverboten betroffen, die mit der IHRA Definition begründet werden. Knapp 100 jüdische Intellektuelle reagierten in einem offenen Brief auf die geplante Antisemitismus-Resolution des Bundestags, der sie vorwerfen, dass sie "die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland eher schwächen als stärken" wird: "Zu unseren Bedenken gehört, dass der Entwurf die Behörden anweist, sich ausschließlich auf die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) für Antisemitismus zu beziehen, um diese Beurteilungen zu treffen. Die IHRA-Arbeitsdefinition ist dafür breit kritisiert worden, dass sie berechtigte Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichsetzt."

<https://taz.de/Dokumentation-Protestbrief/!6032239/>

Auch weisen zahlreiche deutsche Völkerrechtler*innen und andere Jurist*innen auf mehrere Probleme bei der Implementierung der IHRA ins deutsche Recht hin, beispielsweise, dass die Definition nie als rechtsverbindlich gedacht war. Das kann teilweise weitreichende verfassungsrechtliche Verwerfungen erzeugen, die nicht überblickt werden können. Insbesondere "ist eine darauf gestützte Behördenpraxis ganz unvorhersehbar".

<https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/>

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch, wie die IHRA von der Bundesregierung für ihre eigene Politik modifiziert wurde. Sie übernahm die Kerndefinition zuzüglich einer erweiterten Fassung aus den Erläuterungen des Originals: "Er lautet: »Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.« Nicht mit übernommen wurde hingegen die im Original auf diesen Satz folgende Einschränkung: »Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.« (S. 72 ff., Ullrich, Peter. 2024 in "Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Zentrum für Antisemitismusforschung (HG))

Die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) reagiert auf die Unzulänglichkeiten der „IHRA-Definition“. Die JDA wurde von einer Gruppe internationaler Wissenschaftler*innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen entwickelt und im Gegensatz zur IHRA von hunderten weiteren Akademiker*innen seitdem unterschrieben: "Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat

sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben.“

Der komplette Text zur “Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus” findet sich hier: https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf

weitere Antragstellende

Delegierte:

BV Berlin Steglitz – Zehlendorf, BV Berlin Neukölln, LV Hessen, Die Linke.SDS, Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Josephine Sahner (BV Berlin Neukölln), Hannah Vongries (BV Berlin Neukölln), Dennis Sabisch (Jugendverband), Sarah Niedrich (Die Linke.SDS), Andrei Yagoubov (KV München), Barbara Wutz (OV München West-Mitte), Inge Höger (AKL), Naisan Raji (SL), Paul Wittgen (KV Düren), Hannes Draeger (KV Düsseldorf), Felix Wiese (KV Wuppertal), Lukas Hof (Die Linke.SDS), Johannes Franck (Linksjugend [‘Solid]), Mirko Boysen (KV Freiburg), Armin Duttine (BV Treptow-Köpenick), Lukas Eitel (KV Erlangen), Nils Böhlke (KV Düsseldorf), Hanna Wanke (KV Erlangen), Karin Kant (BV Berlin Treptow-Köpenick), Sonja Kemnitz (BAG Senior*innenpolitik), Sabine Skubsch (LV Baden-Württemberg), Lukas Haack (KV Ortenau), Ari Arnold (KV Mainz/Mainz-Bingen), Carmen Fesl (KV München), Elida Danger (KV Kassel-Stadt), Rolf Zaspel (KV Vorpommern/Rügen)

weitere:

Özlem Demirel (MdEP), Jannis Willim (BV Berlin-Neukölln), Oliver Stich (KV Regensburg), Tara Ella Grimm (BV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Ariane Podlesny (BV Berlin-Pankow), Jason Osterhagen (KV Rhein-Sieg), Britta Häfemeier (BV Neukölln, Berlin), Johannes König (KV München), Nicole Gohlke (MdB, LV Bayern), Selina Pfister (KV Aschaffenburg-Miltenberg), Daniel Kipka-Anton (BV Berlin-Neukölln), Patrick Lempges (BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Palästinasolidarität (Die Linke Berlin), Vedi Emde (BV Berlin-Neukölln), Nina Pietropoli (Vorstandsmitglied Die Linke Neukölln), Carlos Quiñones (BV Berlin Mitte, BO Wedding), Kai Weluda (Mitglied im Vorstand, BV Neukölln), Samuel Bien (BV Berlin-Neukölln), Niklas Graßmann (BV Berlin-Mitte), Martin Haase-Thomas (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Christopher Littlein (BV Berlin-Neukölln), Simon Ullrich (BV Berlin-Neukölln), Edgar Ikhelzon (BV Berlin-Neukölln), Sebastian Max (BV Berlin-Neukölln), Fabian Schneider (KV Regensburg), Johannes Götz (KV Regensburg), Tobias Meinert (KV Euskirchen), Konstantin Gorodetsky (KV Lausitz), Tim Niebling (BV Berlin-Neukölln), Niklas Bliemel (KV Regensburg), Julia Burschel-Stolz (KV Regensburg), Julius Krüger (BV Berlin-Neukölln), Kimberly Lerch (BV Berlin-Mitte), Ronja Gerstadt (BV Berlin-Mitte), Mona Waissi (KV Frankfurt am Main), Christian Wallerer (KV Darmstadt-Dieburg), Melina Sikalopoulou (KV Frankfurt am Main), Feride Omar (BV Steglitz-Zehlendorf, Berlin), Lara Scheunemann (KV Frankfurt am Main), Tjark Delfs (KV Leipzig), Linda Gerisch (KV Jena), Christian Schröppel (KV Kassel-Stadt), Maria Salteri (KV Würzburg), Tim Heye (BV Steglitz/Zehlendorf), Janna Schneider (BV Lichtenberg), Julius Gunnar (BV Berlin-Mitte, BO LEO), Sophia Hon (KV Köln), Aleksej Puzyrev (KV Köln), Martin Hollstein (KV Lüneburg), Yasin Bölme (BV Friedrichshain-Kreuzberg), Hanna Zimmermann (BV Friedrichshain-Kreuzberg Berlin), Eduard Van der Wal (BV Steglitz – Zehlendorf), Erik Legat (BV Berlin-Neukölln), Violetta Bock (MdB, KV Kassel- Stadt), Katrin Abromeit (BV Berlin Steglitz-Zehlendorf), Wolfgang Feikert (KV Karlsruhe), Concepcion Alvarez (BV Berlin Reinickendorf), Petra Willemelis (BV Treptow-Köpenick), Michael Schneider (BV Treptow-Köpenick), Uwe Frenzel (BV Treptow-Köpenick), Lutz Putzger (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Wolfgang Ackermann (LV Brandenburg), Konstantinos Benning (BV Berlin-Pankow), Hartmut Grabow (BV Marzahn-Hellersdorf), Sonja Szyborra (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Nadine Haske (BV Neukölln), Fiona Carol Sampson (KV Traunstein-BGL)

Antrag G.04: Solidarität mit Menschen in der Sexarbeit

Antragsteller*in: Die Linke queer

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarität mit Menschen in der Sexarbeit**

2 Die Linke erkennt Sexarbeit als gesellschaftliche Realität an. Sexarbeit ist vielfältig,
3 sowohl hinsichtlich der ausgeübten Tätigkeiten, der Arbeitsbedingungen als auch was die
4 geschlechtliche und sexuelle Vielfalt innerhalb der Sexarbeit angeht. Erklärtes Ziel von
5 Die Linke ist, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen insgesamt zu
6 verbessern sowie Gewalt, Zwang und Ausbeutung entgegenzuwirken. Eine Gleichsetzung von
7 Zwangsprostitution oder Menschenhandel mit Sexarbeit lehnt Die Linke ab.

8 Die Linke steht solidarisch an der Seite des Bundesfrauenrates von verdi, der Deutschen
9 Aids-Hilfe und vieler weiterer Partner*innen aus der Zivilgesellschaft, die das sogenannte
10 „Nordische Modell“ bzw. Sexkaufverbot ablehnen und schließt sich damit der bisherigen
11 fachpolitischen Position der Bundestagsfraktion von Die Linke an. Das „Nordische Modell“
12 ist gleichbedeutend mit einer de facto Kriminalisierung, einer Verschlechterung der
13 sozialen Lage und Gefährdung der Sicherheit von Sexarbeitenden. Das ist mit dem
14 politischen Anspruch einer Arbeiter*innenpartei unvereinbar.

15 Die CDU/CSU hat in der Vergangenheit angekündigt, das „Nordische Modell“ im Falle einer
16 Regierungsbeteiligung voranzutreiben. Die Union gibt vor, Frauen schützen zu wollen,
17 primär geht es ihr jedoch darum, eine konservative Sexualmoral sowie Geschlechternormen
18 durchzusetzen und die Handlungsmöglichkeiten von Frauen einzuschränken. Das fügt sich
19 einwandfrei in die gesellschaftlichen Vorstellungen der beiden Schwesterparteien ein: Die
20 Union kämpft gegen das Selbstbestimmungsgesetz, gegen soziale Sicherheit für Frauen und
21 will stattdessen Anreize schaffen, damit diese sich dem traditionellen Familienbild und
22 beruflichen Rollenverteilung unterordnen. Die Linke lehnt all das entschieden ab und wird
23 dem auch in Zukunft offensiv entgegentreten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G.05: Gegen Aufrüstung und Kriegswirtschaft – Für Bildung, Kultur, Soziales, Umwelt- und Klimaschutz: Butter statt Kanonen!

Antragsteller*in: BAG Frieden und Internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gegen Aufrüstung und Kriegswirtschaft –**

2 **Für Bildung, Kultur, Soziales, Umwelt- und Klimaschutz:**

3 **Butter statt Kanonen!**

4 Nach den Bundestagswahlen 2025 treiben CDU/CSU zusammen mit der SPD in einem rasanten

5 Tempo ein gigantisches Aufrüstungsprogramm voran. Die Koalitionsgespräche sind vor allem
6 von dem gemeinsamen Ziel geprägt, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen. Nicht der Erhalt
7 und Ausbau der zivilen Infrastruktur, sondern eine beschleunigte Militarisierung sind das
8 Bestreben der herrschenden Klasse. Deutschland und die EU suchen nach Wegen, um ihre
9 geopolitische Vormachtstellung zu verteidigen und auszubauen.

10 Deshalb wurde mit den Mehrheiten im alten Bundestag beschlossen, die Schuldenbremse nicht
11 abzuschaffen, sondern eine Ausnahme für grenzenlose Aufrüstung ins Grundgesetz zu
12 schreiben. Flankiert wurde dieses undemokratische Manöver durch ein „Sondervermögen“ von
13 500 Milliarden Euro über zehn Jahre. Dieses Geld soll vorrangig in die „Kriegstüchtigkeit“
14 der zivilen Infrastruktur investiert werden.

15 Für dieses gigantische Aufrüstungsprogramm wird die Bevölkerung in den nächsten Jahren mit
16 massiven Sozialkürzungen zur Kasse gebeten werden. Jeder Cent, der jetzt den Ländern und
17 Kommunen versprochen wird, soll die Menschen beschwichtigen. Die Umverteilung von unten
18 nach oben wird verschärft. Die Kapitalvertretungen der vier großen Wirtschaftsverbände
19 BDI, BDA, DIHK und ZDH verlangen z.B. spürbare Senkung der Steuerbelastung von Unternehmen
20 und eine Reform der Sozialversicherungen, sprich der Absicherung der abhängig
21 Beschäftigten gegen die Wechselfälle des Lebens.

22 Die Linke lehnt dieses gigantische Aufrüstungsprogramm ab und hat im Bundestag konsequent
23 dagegen gestimmt. Wir bekämpfen die zunehmende Kriegsgefahr und setzen uns verstärkt für
24 Frieden und Völkerverständigung ein:

- 25 • Deutschland ist bereits jetzt die viertgrößte Militärmacht und der fünftgrößte
26 Rüstungsexporteur der Welt. Wir fordern dagegen die Abrüstung der Bundeswehr und die
27 Einstellung aller Waffenexporte!
- 28 • Die geplanten unbegrenzten Rüstungsausgaben machen die Welt und auch Deutschland
29 nicht sicherer, sondern unsicherer. Einzig kluge Diplomatie und Entspannungspolitik
30 können den Weg zu mehr Sicherheit und dauerhaftem Frieden ebnen.
- 31 • Durch die Steigerung der Rüstungsausgaben wird zudem eine grenzenlose weltweite
32 Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt; Was wir brauchen, sind Verhandlungen und Verträge
33 zur gegenseitigen Abrüstung.
- 34 • In der Konsequenz der derzeitigen Debatte wird zunehmend auch atomare Bewaffnung für
35 Deutschland und die EU gefordert; Wir fordern dagegen die Bundesregierung auf, den
36 UN-Atomwaffenverbotsvertrag nicht länger zu boykottieren, sondern endlich zu
37 unterschreiben!
- 38 • Die Aufrüstungsmilliarden beschleunigen den Klimawandel und tragen mit dazu bei, die
39 Erde unbewohnbar zu machen; Sie sollten besser für Umweltschutz und eine nachhaltige
40 Transformation von Energieversorgung, Verkehr und Produktion eingesetzt werden.
- 41 • Der Krieg um die Ukraine ist militärisch nicht zu gewinnen, der Einsatz von NATO-
42 Truppen würde einen 3. Weltkrieg riskieren; Es muss einen dauerhaften
43 Waffenstillstand, einen Verhandlungsfrieden und den Aufbau einer europäischen
44 Sicherheitsarchitektur geben.
- 45 • Der Kampf um die Neuaufteilung der Ressourcen der Welt ist bereits im vollen Gange,
46 was die Kriegsgefahr verschärft; Notwendig ist dagegen wirtschaftliche, politische
47 und kulturelle Kooperation zu gegenseitigem Nutzen im Sinne der Bevölkerungen.
- 48 • Die EU ist über die Vorgabe des Abbaus von „Handelshemmnissen“ bei der Kreditvergabe

49 an die Ukraine bereits jetzt eine wesentliche Kraft bei der Ausbeutung des Landes
50 zugunsten der eigenen Großkonzerne; Wir setzen uns für einen Schuldenschnitt und
51 einen Abbau der Austeritätspolitik ein.

- 52 • Aufrüstung schafft keinen Frieden; davon profitieren vorrangig die Rüstungskonzerne;
53 Die Konversion der Rüstung in sinnvolle, soziale und ökologische Produktion spart uns
54 kriegsereiche Konflikte und schafft Arbeitsplätze.
- 55 • Die Kriegsvorbereitung wird zu weiterem Sozialabbau führen, durch Angriffe auf das
56 Bürgergeld und Asylbewerber:innen und Kürzungen bei den Renten und im
57 Gesundheitssystem ist die Abwälzung der Kosten auf unsere Klasse bereits gestartet;
58 Die Schuldenbremse muss abgeschafft werden, damit sinnvolle Investitionen in das
59 Allgemeinwohl fließen und die Wirtschaft produktiv angekurbelt wird.
- 60 • Durch steigende Rüstungsexporte und Militärkooperationen mit Israel wird der Krieg in
61 Nahost befeuert; Die Linke setzt sich für die Umsetzung der Beschlüsse des IGH und
62 IStGH und die Beendigung der Rüstungsexporte nach Israel ein, für einen sofortigen
63 Waffenstillstand, dauerhaften Frieden und ein Ende der Besetzung der
64 palästinensischen Gebiete.
- 65 • Weitere Aufrüstung bedeutet zwangsläufig eine Ausweitung der Wehrpflicht und Zugriff
66 auf die Universitäten und Bildungseinrichtungen zu militärischen Forschungs- und
67 Ausbildungszwecken; Wir streiten stattdessen für eine komplette Abschaffung der
68 Wehrpflicht, für Zivilklauseln in allen Hochschulen und gegen Bundeswehr in den
69 Schulen.

70 Die Zustimmung der Linken Fraktionen in den Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-
71 Vorpommern schadet dem Ansehen der Linken und widerspricht ihren konsequenten Positionen
72 gegen Aufrüstung und Krieg. Das muss Konsequenzen haben!

73 Die Partei Die Linke wird sich an Protesten gegen diesen Rüstungswahnsinn beteiligen und
74 überall im Land Aktionen gegen Aufrüstung und Sozialkassenschlag sowie die Wiedereinführung
75 der Wehrpflicht organisieren.

76 Dabei fordern wir Milliarden für Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, in
77 bezahlbares Wohnen, Bildung, Gesundheit, Soziales, Verkehrsinfrastruktur und Umwelt- und
78 Klimaschutz ein. Geld ist offenkundig genug vorhanden! Zur Finanzierung fordern wir
79 verstärkte Besteuerung von Reichtum und Vermögen. Wir lassen uns nicht spalten und stellen
80 uns gegen die geplanten Grausamkeiten gegen Geflüchtete. Wir bekämpfen die Fluchtursachen,
81 nicht die Geflüchteten!

82 Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der kein Mensch fliehen und kein
83 Mensch leiden muss. In der die Würde des Menschen zählt. In der die Konkurrenz überwunden
84 und Kooperation das Grundprinzip ist – für den demokratischen Sozialismus. Dafür sind wir
85 Opposition, auf der Straße und in den Betrieben, in Schulen und Hochschulen,
86 außerparlamentarisch, parlamentarisch und in den Landesregierungen, in Gewerkschaften und
87 Friedensbewegung.

88 Abrüsten für Frieden und soziale Entwicklung!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G.06: Zeit für Haltung gegen Kriminalisierung der Palästina-Solidarität – Für Menschenrechte und Frieden

Antragsteller*in: KV Stuttgart, KV Essen, Mersedeh Ghazaei (Baden-Württemberg · Nr. 155) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Zeit für Haltung gegen Kriminalisierung der Palästina-Solidarität – Für Menschenrechte und**
2 **Frieden**

3 **1. Verurteilung des 7. Oktober 2023 und der völkerrechtswidrigen Kriegsführung Israels:**

4 Die Linke verurteilt den Angriff der Hamas auf israelische Zivilist*innen am 7.
5 Oktober 2023. Gleichzeitig lehnt sie entschieden jede Instrumentalisierung dieses
6 Angriffs zur Rechtfertigung eines Völkermords und militärischer Eskalation an der
7 palästinensischen Bevölkerung ab. Das Massaker vom 7. Oktober gibt Israel keine
8 „grüne Karte“ für eine völkerrechtswidrige Kriegsführung in Gaza und der Westbank.

9 **2. Haltung gegen die Kriminalisierung der Palästina-Solidarität:**

10 Die Linke stellt sich gegen die zunehmenden Repressionen gegenüber pro-
11 palästinensischen Protesten, das Verbot von Demonstrationen, Angriffen auf NGOs wie
12 Amnesty International und Human Rights Watch, sowie die Diffamierung
13 antizionistischer Jüdinnen*Juden. Die Implementierung der IHRA-Definition ermöglicht
14 genau diese Kriminalisierung und diffamiert jegliche Kritik an der Regierung als
15 antisemitisch. Dies schränkt nicht nur die Meinungsfreiheit ein, es bedroht auch die
16 Versammlungs- und Pressefreiheit in Teilen. Die Linke empfiehlt als Alternative die
17 Jerusalem Declaration, welche weltweit von Menschenrechtsorganisationen und jüdischen
18 Expert*innen anerkannt wird.

19 **3. Für eine queerfeministische Perspektive auf den Konflikt:**

20 Die Linke erkennt an, dass Frauen*, Kinder und queere* Menschen besonders von der
21 Gewalt betroffen sind. Während Israel sich als queer*freundlicher Staat inszeniert
22 („Pinkwashing“), werden palästinensische queere* Menschen systematisch verfolgt.
23 Insbesondere soll die Verhinderung von Geburten und der damit einhergehenden
24 Ermordung von Frauen* und Kindern durch das israelische Militär als Verbrechen gegen
25 die Menschlichkeit geprüft werden. Auch die Bedrohung für Frauen*, Kinder und queere*
26 Menschen seitens der fundamentalistischen Hamas werden ernst genommen.

27 **4. Verurteilung der aktuellen Kriegsverbrechen:**

28 Die Linke schließt sich der Einschätzung von Amnesty International, sowie von Human
29 Rights Watch an, dass Israels Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung einen
30 Völkermord darstellt, und kritisiert die anhaltende Gewalt, Kriminalisierung und
31 Vertreibung in der Westbank und den Golan Heights. Aufgrund der eindeutigen
32 Positionierung durch den deutschen Bundestag bezüglich des Haftbefehls des IStGH
33 gegen Putin, fordert Die Linke eine Gleichbehandlung in Bezug auf den IStGH-
34 Haftbefehl gegen Netanjahu, sowie die Aufklärung aller Kriegsverbrechen.

35 **5. Sofortige Waffenruhe und Verhandlungen:**

36 Die Linke fordert eine sofortige und bedingungslose Waffenruhe sowie eine
37 diplomatische Lösung, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen sichert.
38 Deutschland darf sich nicht weiter an Waffenlieferungen beteiligen, an denen der

39 Staat finanziell mitverdient.

40 **6. Freilassung aller Geiseln:**

41 Die Linke fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln – sowohl
42 der israelischen als auch der palästinensischen. Das israelische Militär hat in Gaza
43 auch israelische Geiseln getötet, während in Israel weiterhin tausende
44 Palästinenser*innen, darunter Kinder, die ohne Anklage inhaftiert sind.

45 **7. Anerkennung Palästinas und Israels:**

46 Die Linke fordert die gegenseitige Anerkennung Palästinas und Israels als Grundlage
47 für eine gerechte und nachhaltige Friedenslösung. Das Existenz- und
48 Selbstbestimmungsrecht beider Völker muss garantiert werden, ebenso wie die Rechte
49 der Menschen in beiden Gebieten. Die Besatzung und der Siedlungsbau müssen beendet
50 werden.

51 **8. Durchsetzung des Rechts auf Rückkehr:**

52 Die Linke bekräftigt das völkerrechtlich verankerte Rückkehrrecht der
53 palästinensischen Geflüchteten und ihrer Nachkommen gemäß der UN-Resolution 194.
54 Millionen Palästinenser*innen leben seit Jahrzehnten in der Diaspora oder in
55 Geflüchtetenlagern, während ihnen das Recht auf Rückkehr verweigert wird. Eine
56 gerechte Friedenslösung muss das Rückkehrrecht anerkennen und umsetzen.

57 **9. Gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit:**

58 Die Linke stellt sich klar gegen den Anstieg von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit
59 und Rassismus im Zuge des Krieges. Jüdinnen*Juden dürfen nicht für die israelische
60 Regierungspolitik verantwortlich gemacht oder angefeindet werden. Ebenso stellt sich
61 Die Linke gegen die anti-muslimische Hetze, die Palästinenser*innen sowie muslimisch
62 gelesene Bürger*innen kriminalisiert.

63 **10. Gegen Polizeigewalt und staatliche Repressionen:**

64 Die Linke verurteilt die Angriffe auf Palästina-solidarische Demonstrationen, sowie
65 die Kriminalisierung von Kriegsdienstverweiger*innen in Israel. Sie solidarisiert
66 sich mit Israelis, die sich dem Dienst in der Armee verweigern und dafür inhaftiert
67 werden.

68 **11. Für eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Vereinten Nationen:**

69 Die Linke fordert eine verstärkte Förderung von Friedensinitiativen wie UNRWA,
70 „Israelis for Peace“, „Standing Together“, „Jewish Voice for Peace“ und weiteren
71 Gruppen, die sich für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen. Ebenso unterstützt sie die
72 Arbeit der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese, die die völkerrechtlichen
73 Verbrechen Israels dokumentiert.

Begründung

Das israelische Militär setzt seine Angriffe auf Gaza fort, während sich die Gewalt auf die Westbank ausweitet. Palästina-solidarische Jüdinnen*Juden weltweit, die sich Israel gegenüber kritisch äußern, werden zunehmend diskriminiert, marginalisiert und kriminalisiert. NGOs und UN-Institutionen, die Israels Handlungen als Völkermord benennen, werden diffamiert, und Kriegsdienstverweigerer*innen in Israel inhaftiert.

Während die israelische Regierung die Befreiung der israelischen Geiseln als Kriegsrechtfertigung anführt, setzt sie selbst militärische Gewalt ein, bei der Geiseln getötet wurden. Gleichzeitig hält Israel Tausende palästinensische Gefangene fest – viele ohne Anklage oder Prozess. Die Linke sollte

sich für die sofortige Freilassung aller Geiseln und für ein Ende einer Politik der Masseninhaftierungen, wie zugleich die Umsetzung des internationalen Haftbefehls gegen Benjamin Netanjahu einsetzen.

Weiterhin sollte die Partei ein Verfahren fordern, das den Tatbestand eines Völkermords nach Einschätzung des IGH prüft, beziehungsweise die Prüfung unterstützen und als gerechtfertigt anerkennt. Insbesondere hinsichtlich der vielen getöteten palästinensischen Frauen* und Kindern durch das israelische Militär ist zu überprüfen, ob dies als Völkermord einzustufen ist. Darüber hinaus besagt die Genfer Konvention des humanitären Völkerrechts, dass Angriffe auf Zivilist*innen Kriegsverbrechen sind und nach dem Völkerstrafrecht rechtswidrig sind. Weiter definiert die UN-Völkermordkonvention (1948) in Artikel II unter Punkt vier die Verhängung von Maßnahmen zur Geburtenverhinderung als völkerrechtswidrige Handlung. Die Völkermordkonvention existiert unter anderem wegen der Verbrechen Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs, insbesondere der Shoah, da die internationale Gemeinschaft daraufhin Maßnahmen ergriff, um zukünftige Völkermorde zu verhindern und strafrechtlich zu verfolgen. Aus diesem Grund sieht Die Linke, als Verteidigerin des humanitären Völkerrechts, eine besondere Verantwortung Deutschlands in Bezug auf die Überprüfung, eines Völkermords und der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen an Palästinenser*innen, durch das israelische Militär.

Ein nachhaltiger Frieden ist möglich, wenn beide Staaten international anerkannt werden und eine gerechte Lösung für die Menschen geschaffen wird. Die militärische Eskalation hat bereits unzählige Menschen das Leben gekostet – ein sofortiger Waffenstillstand ist die einzige Option, um weiteres Leid zu verhindern.

Das Rückkehrrecht der Palästinenser*innen ist ein zentraler Bestandteil einer gerechten Lösung. Millionen Geflüchtete und ihre Nachkommen haben das Recht, in ihre Heimat zurückzukehren – dieses Recht darf nicht weiter ignoriert oder verweigert werden.

Gleichzeitig beobachten wir, wie der Krieg genutzt wird, um rassistische Diskurse, Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus in Deutschland und weltweit zu verschärfen. Palästina-Solidarität wird kriminalisiert, Palästinenser*innen werden unter Druck gesetzt, migrantisierte Menschen diffamiert und unter Generalverdacht gestellt. Zudem nutzen rechte Kräfte den Krieg, um ihre rassistische Agenda voranzutreiben. Diesem Klima der Hetze und Repression stellt sich Die Linke entschieden entgegen.

Die Linke sollte migrantisierte Menschen sowie Muslim*innen in Deutschland schützen, für ihre Interessen kämpfen und ihnen zeigen, dass sie für Menschenrechte einsteht. Statt diese massiven Repressionen der Bundesregierung und des dominierenden Medien Diskurses zu dulden, sollte Die Linke klar an der Seite der Menschenrechte und allen unterdrückten Völkern stehen. Gegen Antisemitismus, gegen anti-muslimischen Rassismus und gegen jegliche weitere Form von Rassismus, sie dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Die Linke setzt sich für eine Welt ein, in der Menschenrechte für alle gelten – nicht nur für Einige.

Für eine klare Haltung: Gegen Kriminalisierung, für Menschenrechte, für das Recht auf Rückkehr, gegen Antisemitismus, Rassismus und anti-muslimischen Hass, für Gerechtigkeit und Frieden.

weitere Antragstellende

Delegierte:

Anil Bešli (KV Esslingen), Mirko Boysen (KV Freiburg), Andrei Yagoubov (KV München), Dennis Sabisch (KV Wolfenbüttel, Linksjugend [‘solid]), Paul Wittgen (KV Düren), Eliseo Maugeri (KV Essen), Ellie Marie

van Look (KV Essen), Patrick Schorer (KV Calw Freudenstadt), Elida Danger (KV Kassel-Stadt), Inge Höger (AKL)

weitere:

Cem Ince (MdB), Vinzenz Glaser (MdB), Linksjugend [‘solid] Berlin, Anouar Koubia (KV Hagen), Özge Efendi (KV Dortmund), Avra Emîn (KV Rems-Murr), Faisal Osman (KV Stuttgart), Deniz Al (KV Schwäbisch Hall), Finja Louise Wynne (KV Region Hannover), Steven Tony Khaled Foster Holly (KV Bremen Nord-West), Linda Gerisch (KV Jena)

Antrag G.07: Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!

Antragsteller*in:

BAG Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!**
- 2 Globale Erwärmung, Biosphäre, Entwaldung, Schadstoffe / Plastik, Stickstoffkreisläufe und
- 3 Süßwasser: Sechs von neun der planetaren Grenzen sind heute überschritten. Besonders
- 4 betroffen von den Krisenerscheinungen des Kapitalismus sind Lohnabhängige und unter diesen
- 5 am stärksten Menschen im globalen Süden. Praktisch bedeutet das, linke Politik kann nicht
- 6 mehr die gleichen Prioritäten setzen, wie vor der massiven Manifestation der multiplen
- 7 Krise des Kapitalismus. Sie muss heute dem Konzept sicherer und gerechter planetarer
- 8 Grenzen folgen.
- 9 Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsweise bringt große
- 10 Teile der Weltbevölkerung um ein menschenwürdiges Leben. Sie bedroht das Menschsein und
- 11 die Menschheit. 50 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome, der eine Übernutzung
- 12 der globalen Ressourcen feststellte, werden diese weiterhin forciert gefördert, natürliche
- 13 Lebensbedingungen zerstört. Das Ergebnis ist, dass Rohstoffe für zukünftige Bedürfnisse
- 14 fast aufgebraucht sind und sich zunehmend verteuern. [1]
- 15 Die nach der Rio-Konferenz 1992 seit 1995 stattfindenden UN-Klimakonferenzen haben den
- 16 Anstieg der globalen Erwärmung nicht gestoppt. Darunter leiden die global Ärmsten bereits
- 17 seit Jahrzehnten. Die Hauptverursacher ihrer Nöte und Bedrohungen sind die Konzerne und
- 18 Herrschenden in den Zentren der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Mit ihrem
- 19 Profitstreben, mit der uns aufgezwungenen Lebensweise, mit ihrer Sicherheits-,
- 20 Militarisierungs- und Rüstungspolitik werden die wenigen noch verbliebenen Ressourcen, die
- 21 Bedürfnissen dienen können, vernichtet, um kurzfristig Einfluss zu sichern. Die
- 22 Herrschenden führen Kriege, treiben Menschen zur Flucht, schaffen neue Kriegsgefahren
- 23 einschließlich der eines globalen Atomkrieges. Jeder dieser Kriege und
- 24 Stellvertreterkriege zerstört Leben, Zukunft, Umwelt und knappe Ressourcen – sie sind vor
- 25 dem Hintergrund der Umwelt- und Klimakatastrophe verbrecherischer als je zuvor. Die Linke
- 26 als sozialistische Partei, die die soziale Gerechtigkeit in das Zentrum ihrer Politik
- 27 gestellt hat und die an der Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen festhält,
- 28 hat der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik den Kampf angesagt. Sie sieht
- 29 sich gefordert, ihr Ringen um solidarisches Wirtschaften und somit um einen gerechten
- 30 sozial-ökologischen Umbau zu intensivieren. Die Linke will alle Formen und Instrumente

31 demokratischer Politik nutzen, um die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, der EU
32 und der Welt wirksamer mitzubestimmen. Insbesondere will sie das gesellschaftliche
33 Wirtschaftsleben zugunsten kommender Generationen demokratisieren und es an die natürlich
34 vorhandenen Möglichkeiten und Gegebenheiten anpassen. Solche gesellschaftlichen
35 Veränderungen beginnen erst, wenn wir uns auch selbst verändern. Hierzu benötigen wir
36 einen kollektiven Erkenntnisprozess.

37 Der Parteitag beschließt:

- 38 1. Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw.
39 Arbeitsgemeinschaften und Vorstände werden aufgerufen, lokale und regionale Foren zum
40 sozial-ökologischen Umbau und zum solidarischen Wirtschaften zu organisieren und
41 durchzuführen. Dort sollen Erfahrungen, Vorstellungen, Projekte und Modelle, die auf
42 solidarisches und daher insbesondere ökologisch verantwortungsvolles Handeln zielen,
43 diskutiert werden. Ein mögliches Motto ist: „Solidarisch wirtschaften, damit es für
44 alle gut für immer reicht – bei uns, in der EU und Europa, weltweit“. In diese Foren
45 sind insbesondere auch die Neumitglieder der letzten Monate einzubeziehen, um sie zu
46 einem der Pfeiler unserer Arbeit zu machen.
- 47 2. Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse der Foren analysiert
48 und Vorschläge für weitergehende bzw. vernetzende Aktivitäten bzw. Vorhaben/Kampagnen
49 unterbreitet. Die Arbeitsgruppe bereitet ein bundesweites Forum der Partei zum
50 solidarischen Wirtschaften und so zum sozial-ökologischen Umbau vor. Es sollte im
51 Kontext mit einer zentralen Veranstaltung bzw. Konferenz, die praktische
52 Problemlösungen und Konzepte der Partei möglichst öffentlichkeitswirksam präsentiert
53 und debattiert, veranstaltet werden und möglichst breit Protagonistinnen und
54 Protagonisten der Umwelt-, Klima- und Friedensbewegung einbinden. Das Forum und die
55 Veranstaltung sollen dazu beitragen, eine Tagung des Parteitages im Jahre 2026
56 vorzubereiten bzw. mit dieser verbunden werden.
- 57 3. Die Arbeitsgruppe organisiert die Herausgabe eines Materials für die innerparteiliche
58 politische Bildung, das solidarisches Wirtschaften wie sozial-ökologischen Umbau
59 erklärt. Es soll Zusammenhänge zwischen der Ökonomie, dem Sozialen, der Ökologie und
60 der Demokratie aufzeigen, Diskussionen anregen und auf konkretes politisches Handeln
61 zielen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird die ökologische Dimension in unserer
62 Gesamtpolitik und die entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzepte der Partei
63 stärker kommunizieren.
- 64 4. Auf den unter 1. und 2. genannten Foren bzw. auf der zentralen
65 Veranstaltung/Konferenz und der Tagung des Parteitages interessiert insbesondere, wie
66 die verschiedenen Formen demokratischer Politik – von der Straßenblockade aus Protest
67 (z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte oder die Erderhitzung), über
68 partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit
69 und Teilhabe an Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden
70 können, um Politikwirksamkeit zu erhöhen. Probleme und Widersprüche sollen offen und
71 solidarisch debattiert werden.
- 72 5. Die fachpolitischen Mandatsträgerinnen werden gebeten, sich in die Vorbereitung und
73 Durchführung der Foren aktiv einzubringen. Die in der Bundesstiftung und im
74 Stiftungsverbund der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätigen Genossinnen und Genossen der
75 Partei werden aufgerufen, sich an der innerparteilichen politischen Bildung und
76 insbesondere an der Erarbeitung des unter Punkt 3 genannten Bildungsmaterials

77 engagiert zu beteiligen.

78 [1]Ugo Bardi, Der geplünderte Planet, 2013; Helge Peukert, „Klimaneutralität Jetzt“,

79 Marburg 2022

Begründung

Der Antrag war bereits in Halle gestellt, musste aus Zeitmangel leider an den Parteivorstand überwiesen werden. Durch die politischen Entwicklungen der letzten Monate konnte er bisher nicht bearbeitet werden. Inzwischen hat sich auch eine neue politische Situation ergeben. Viele junge Menschen mit vielen Kompetenzen und Wissen sind in unsere Partei gekommen. Der von uns gemachte Vorschlag ist ein gutes Mittel diese in die Debatten zu integrieren und die notwendigen, programmatischen Schritte zu gehen. Wir geben den Antrag daher erneut an den Parteitag – auch weil die klima- und umweltpolitischen Fragen weiter keinen Aufschub dulden.

Nur ein radikales Umsteuern der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird ein menschenwürdiges Leben für jede und jeden und damit soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ermöglichen. Die Herausforderung ist eindeutig: JETZT endlich müssen Elend, Armut und soziale Ausgrenzung wirksamer bekämpft, der weiteren Zerstörung des Klimas, der biologischen Vielfalt, der natürlichen Lebensbedingungen Einhalt geboten werden. Das heißt Zunächst und vor allem, JETZT Schluss zu machen mit Austeritätspolitik und Ausplünderung von Mensch und Natur, Schluss mit einer „Sicherheitspolitik“, die Krieg toleriert und Unsicherheit mehrt, mit profitfixierter Wirtschaftspolitik. JETZT muss ihr Ersatz beginnen – mit sozialgerechter Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Ressourcen, mit der systematischen Verbesserung der Bedingungen für „gute Arbeit“, mit Hilfen für die Opfer von Gewalt und mit Entspannungspolitik, mit dem Umbau der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, mit der Umstellung der individuellen und kollektiven Lebensstile. Dieser sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft beginnt und geht einher mit dem Ringen um die Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse durch jene, die solidarisch leben und wirtschaften wollen.

Sichere und gerechte planetare Grenzen bedeuten politisch: Wie kann sichergestellt werden, dass die Menschheit zur Verfügung stehende Ressourcen jetzt und Zukunft gerecht nutzt und nicht viele Menschen ungleich von Veränderungen oder Mängel betroffen sind. Dabei werden drei Formen von Gerechtigkeit berücksichtigt: Gerechtigkeit gegenüber anderen Lebewesen und Ökosystemen, Gerechtigkeit gegenüber den nächsten Generationen und Gerechtigkeit gegenüber den Menschen der heutigen Generation, unabhängig davon, wo und wie sie leben. Dabei zielen diese Grenzen darauf, Menschen vor erheblichen Schäden zu schützen. Dazu zählen der Verlust von Menschenleben, Lebensunterhalt oder Einkommen, Vertreibung, Verlust von Nahrungsmitteln sowie Wasser- oder Ernährungssicherheit. Der zusätzliche Aspekt der Gerechtigkeit führt zu strengeren planetaren Grenzen. Der gerechte Handlungsraum muss dabei sowohl lokal als auch global definiert werden.

Die Linke hat auf den verschiedenen politischen Ebenen in vielfältigen politischen Aktivitäten – von Straßenblockaden, Demonstrationen, Petitionen über Projekte der Lokal-, Kommunal- und Landes-, Bundes-, EU- und Europapolitik bis hin zu parlamentarischen Initiativen und zur Teilhabe an Verwaltungen und Regierungen – bewiesen: Soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, Gleichstellung der Geschlechter und Ethnien, gleichgestellte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, solidarisches Miteinander und damit insbesondere Internationalismus und Ökologie sind ihr wichtig. Es gibt eine große Anzahl von Konzepten, Programmen und anderen Ausarbeitungen, die belegen, dass in der Partei an Zukunftsvisionen und konkreten Wegen des sozial-ökologischen Umbaus gearbeitet wird. Aber

seltener werden eigene konkrete Referenzprojekte für Problemlösungen in der Kommune und im Land initiiert und vertreten. Erlangte Erfolge werden nicht ausreichend durch die Landes- und Bundesspartei kommuniziert. Die Parteigliederungen werden in ihrer Breite nicht konsequent als Orte solidarischen, ökologischen und alternativ-kulturellen Lebens wahrgenommen. Es besteht zwar ein großes öffentliches Interesse an sozialökologischen Themen und wirtschaftspolitischen Konzepten, jedoch werden diese nur wenig mit linker bzw. sozialistischer Politik in Verbindung gebracht.

Unser Antrag zielt auf die Aktivierung aller Gliederungen der Linken, sich sichtbar und aktiv für den sozial-ökologischen Umbau in Wort und Tat zu engagieren. Mit unserer Initiative knüpfen wir an die vielfältigen emanzipativen Aktivitäten anderer demokratischer Akteure an und nehmen die Umwelt- und Klimakatastrophe in ihrer tatsächlichen Dimension wahr.

Antrag G.08: Opposition gegen Zeitenwende und Kriegstüchtigkeit

Antragsteller*in:	KV Schwabach-Roth, KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt, KV Nürnberg Stadt & Land und weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

1 Opposition gegen Zeitenwende und Kriegstüchtigkeit

2 In einem beispiellosen und undemokratischen Vorgang haben Union, SPD und Grüne mit dem
3 alten Bundestag das größte Aufrüstungsprogramm der Nachkriegsgeschichte beschlossen. Alle
4 Militärausgaben über 1% des BIP werden von der Schuldenbremse ausgenommen - das ist ein
5 Blankoscheck für Aufrüstung! Flankiert wird die Aufhebung der Schuldenbremse für
6 Hochrüstung von einem 500-Milliarden-Euro Sondervermögen in die öffentliche Infrastruktur.
7 Es darf bezweifelt werden, dass das Geld vorrangig in Schulen und sozialen Wohnungsbau
8 fließt und nicht in erheblichen Maße dazu dient, auch die Infrastruktur kriegstüchtig zu
9 machen. Denn: Das Primat der Zeitenwende steht über alledem.

10 Das alles passiert vor dem Hintergrund weitreichender globaler Verschiebungen, die sich
11 seit Beginn des Ukraine-Krieges deutlicher abzeichnen und beschleunigen. Unter dem Vorwand
12 der Verteidigungsfähigkeit wird in Deutschland und der EU eine beispiellose Aufrüstung
13 vorangetrieben. Vorgegeben wird, man könne Konflikte nur durch militärische Stärke und
14 Abschreckung lösen. Die Wahrheit ist: Schon heute übertreffen die Militärausgaben der EU
15 die von Russland und China deutlich. Offensichtlich dient der neue Militarismus auch dazu,
16 in der globalen Konkurrenz mit den USA, China und anderen aufstrebenden Mächten
17 mitzuhalten – im Ringen um Handelsrouten, Rohstoffe und Märkte. Dazu passt, dass die
18 europäischen Mächte bis heute nicht bereit sind, der Ukraine einen Schuldenschnitt zu
19 gewähren.

20 Bereits heute stellt sich die deutsche Industrie in großem Maße auf Kriegswirtschaft ein.
21 Mit ihrer »Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie« ist die Regierung
22 Scholz die ersten Schritte gegangen, um die Industrie in erheblichem Maß auf
23 Rüstungsproduktion umzustellen. Allein Rheinmetall hat seine Produktionskapazitäten für
24 Granaten seit Beginn des Ukraine-Kriegs verzehnfacht. Diverse Ökonomen fordern bereits
25 ganz unverhohlen die Konversion der schwächelnden Autoindustrie auf Panzerproduktion.
26 Diese Kriegswirtschaft ist der krasse Gegenentwurf zur notwendigen sozial-ökologischen
27 Transformation. Wenn große Teile der gesellschaftlichen Ressourcen in die Kriegswirtschaft

28 gehen, geht das auf Kosten der arbeitenden Menschen, der sozialen Infrastruktur und des
29 Klimaschutzes. Die Regierenden verschleiern diesen Zusammenhang von Aufrüstung und
30 Sozialabbau.

31 Die Zeitenwende droht das dominierende politische Projekt der Bundesrepublik für die
32 nächsten Jahre zu werden. Als Linke ist es unsere Aufgabe, den Widerstand dagegen zu
33 organisieren. Eine Kanonen-und-Butter-Politik ist weder erstrebenswert noch
34 gesamtwirtschaftlich möglich, wenn gesellschaftlich begrenzte Ressourcen wie Fachkräfte
35 und Material für Rüstung gebunden werden statt für zivile Produktion und Dienstleistungen.
36 Die Hochrüstung wird bereits jetzt flankiert von Forderungen nach Sozialabbau beim
37 Bürgergeld, Krankenkassen, Pflegeversicherung, Elterngeld und Renten. Unter der
38 Zeitenwende sind wir alle Verlierer.

39 Den Parteivorstand fordern wir auf, eine **Kampagne gegen die Zeitenwende** zu organisieren.
40 Das beinhaltet unter anderem:

- 41 1. Den Zusammenhang zwischen Zeitenwende und Angriffen auf den Sozialstaat
42 unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu kommunizieren und bei all seinen
43 Entscheidungen zu berücksichtigen. Keine Relativierung oder Anpassung an den
44 militaristischen Mainstream.
 - 45 2. Bündnisse mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und Friedensbewegung
46 aufzubauen, um zu gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen zu mobilisieren.
 - 47 3. Mit den Gewerkschaften gezielt gegen die Militarisierung der Wirtschaft
48 zusammenzuarbeiten und Proteste gegen die Umstellung ziviler Produktion auf Rüstung
49 zu unterstützen.
 - 50 4. Den internationalen Schulterschluss mit linken Parteien und Friedensbewegungen zu
51 suchen und gemeinsame Kampagnen und Kongresse zu organisieren.
 - 52 5. Eine Friedenskonferenz, um eine gemeinsame Strategie für die Kampagne zu entwickeln
- 53 Wir bekräftigen außerdem unsere bereits bestehende Beschlusslage: Den sofortigen Stopp
54 aller deutschen Waffenexporte, den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland und den
55 Widerstand gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen sowie eine Auflösung der
56 NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Delegierte:

KV Schwabach-Roth, KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt, KV Nürnberg Stadt & Land, Sozialistische Linke, Die Linke.SDS, Landesverband Hessen, Adelheid Rupp (KV Rosenheim), Agnes Conrad (KV Unterfranken), Andrei Yagoubov (KV München), Antonia Marquardt (KV Fulda), Armin Duttine (BV Berlin Treptow-Köpenick), Aaron Valent (KV Würzburg), Cornelius Voigt (KV Mittelfranken), Elida Danger (KV Kassel-Stadt), Eliseo Maugeri (LV NRW), Evelyn Schötz (KV Mittelfranken), Hanna Wanke (KV Mittelfranken),

Hana Qetinaj (KV Frankfurt am Main, Die Linke.SDS),

Janine Burkhardt (KV Lüneburg), Karin Kant (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Lukas Eitel (KV

Mittelfranken), Lukas Hof (Die Linke.SDS), Marie-Jacqueline Panten (Linksjugend [solid]), Martin Bauhof (KV Oberbayern), Martina van Holst (KV Frankfurt am Main), Mirko Boysen (KV Freiburg), Nick Papak Amoozegar (Cuba sí), Naisan Raji (Sozialistische Linke)
Paul Wittgen (KV Düren), Regina Preysing (Sozialistische Linke), Rolf Kohn (KV Recklinghausen), Sabine Skubsch (KV Karlsruhe), Samuel Scherl (KV Regensburg, Oberpfalz), Sarah Niedrich (Die Linke.SDS), Sarah Vollath (KV Oberbayern), Sonja Kemnitz (BAG Senior*innenpolitik), Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Thies Gleiss (AKL), Thorben Peters (KV Lüneburg), Vera Baryshnikov (Linksjugend), Heike Benz (KV Günzburg/Neu-Ulm), Rolf Zaspel (KV Vorpommern/Rügen), Ariane Alba Marquez (KV Frankfurt am Main, Die Linke.SDS), Margit Glasow (Partei Vorstand), Ulrike Eifler (Partei Vorstand)

weitere:

Bernd Hartz (KV Nürnberg Stadt & Land), Theo Glauch (PV), Titus Schüller (KV Mittelfranken), Lothar Gritschke (KV Nürnberg Stadt & Land), Hartmut Grabow (BV Marzahn-Hellersdorf, Berlin), Sonja Szyborra (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Lutz Putzger (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Uwe Frenzel (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Michael Schneider (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Petra Willemelis (BV Treptow-Köpenick, Berlin),
Wolfgang Ackermann (KV Uckermark), Lukas Meisner (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Bert Stecker (KV Mittelfranken), Doris Hammer (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Kathrin Flach Gomez (KV Nürnberg), Nina Eumann (Partei Vorstand), Margarita Kavali (Partei Vorstand), Landessprecher:innenrat Linksjugend [solid] Berlin, Sprecher:innenrat BAG Cuba sí

Antrag G.09: Ohne Wenn und Aber: Sage Nein zu Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit!

Antragsteller*in:

LV Hessen, KV Köln, KV Stuttgart und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Ohne Wenn und Aber: Sage Nein zu Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit!**

2 Die Linke stellt sich der Jahrhundertaufrüstung durch Merz und Co. entschieden entgegen.

3 Was wir derzeit erleben, ist eine massive Militarisierung aller gesellschaftlichen

4 Bereiche – mit dem Ziel, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen.

5 Dafür werden Narrative aufgebaut, um die Bevölkerung hinter den Kurs von Union und SPD zu

6 bringen. Die Lehren aus zwei Weltkriegen in Europa werden dabei bedenkenlos beiseite

7 geschoben. Mit der Behauptung, Russland könne bald NATO-Territorium angreifen, werden

8 bewusst Ängste geschürt. Zeitgleich wurden keinerlei diplomatische Maßnahmen ergriffen, um

9 den Krieg zu beenden und wieder zu einer eigenständigen Entspannungspolitik in Europa zu

10 gelangen. Die logische Konsequenz daraus war, eine massive globale und auch europäische

11 Aufrüstung in Gang zu setzen. Dabei sind die europäischen Staaten – auch ohne die USA –

12 Russland bei den Militärausgaben und den konventionellen militärischen Kapazitäten weit

13 überlegen.

14 Die Bundeswehr ist nicht „unterfinanziert“: Der einzige Bereich, der in den letzten zehn

15 Jahren massiv gewachsen ist, ist der Verteidigungshaushalt. Deutschland liegt bereits auf

16 Platz vier der weltweiten Rüstungsausgaben. Die Ära der Aufrüstung, von der aktuell alle

17 sprechen – also mehr Waffen und Kriegsgerät – macht die Welt nicht sicher. Ein neues

18 Wettrüsten erhöht die Kriegsgefahr. Sicherheit in Europa und der Welt kann es nur durch

19 den Einsatz von Diplomatie, Entspannungspolitik, Völkerverständigung und gegenseitige

20 Abrüstung geben.

21 Der sich zuspitzende Machtkampf der Großmächte um geopolitische Interessen, Rohstoffe und

22 Absatzmärkte wird auf dem Rücken von Mensch und Natur ausgetragen. Die EU wird dabei auf

23 Drängen Deutschlands und Frankreichs zur Militär- und Aufrüstungsunion umgebaut. In einer

24 Koalition der Willigen wird die Zusammenarbeit mit Drittstaaten wie Großbritannien und der

25 Türkei nun verstetigt. Dabei werden die Augen vor massiven Menschenrechtsverletzungen und

26 der Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien in der Türkei verschlossen. Ebenso wird im

27 Nahen Osten deutlich, dass geopolitische Interessen aktuell über allem stehen. Für die

28 verhärtete Auseinandersetzung großer Mächte tragen hier und überall die Armen und

29 Arbeiter*innen die Kosten. Sie zahlen für die Aufrüstung und sterben im Kriegsfall auf den

30 Schlachtfeldern, während Rheinmetall & Co. Rekordprofite einfahren.

31 Die beschlossene Aufrüstung spielt auch der AfD in die Hände. Militarisierung geht immer

32 mit einem Erstarren des Nationalismus einher und war schon immer Nährboden für die extreme

33 Rechte. Die zunehmende militärische Durchdringung der Gesellschaft – vom Rheinmetall-

34 Sponsoring beim BVB bis hin zur drohenden Wiedereinführung der Wehrpflicht – schwächt

35 emanzipatorische Kräfte und befördert einen autoritären Umbau des Staates. Der vorgebliche

36 Kampf zwischen Autokratie und Demokratie ist ein durchschaubares Narrativ, um der

37 Bevölkerung die Notwendigkeit der massiven Aufrüstung zu suggerieren.

38 Kriege werden unmöglich, wenn die Völker sich diesen verweigern. Deshalb unterstützen wir

39 die Kampagne unseres Jugend- und Studierendenverbands gegen die Wiedereinführung der

40 Wehrpflicht. Auch der Klimawandel wird durch die Hundertaufrüstung weiter angeheizt:
41 Gigantische Ressourcen fließen jetzt in den Militärssektor, der schon heute ein massiver
42 CO₂-Treiber ist. Die zivile Industrie weicht zunehmend dem militärisch-industriellen
43 Komplex.

44 Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen die Militarisierung der Gesellschaft gehören
45 zusammen. Friedrich Merz will alle Sozialausgaben auf den Prüfstand stellen. Dem werden
46 wir uns entschlossen in den Weg stellen. Merz, Pistorius und Co. müssen sich
47 rechtfertigen, warum für Soziales, Gesundheit, Bildung, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen
48 angeblich kein Geld da sei, während sie über Nacht Milliarden für die Rüstung
49 mobilisieren. Die Endlos-Aufrüstung verdeutlicht, dass es hier nicht um einzelne Maßnahmen
50 einer angeblichen Verteidigung geht, sondern dass wir auf Krieg vorbereitet werden sollen.
51 Krieg mit heutigen Waffensystemen bedeutet die nachhaltige Zerstörung unserer
52 Lebensgrundlagen und errungener Werte.

53 »Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor« war die Logik der alten Römer, die jetzt
54 wie ein Mantra von den Verwaltern der EU-Institutionen – von Kommissarinnen, Abgeordneten
55 oder (selbst)ernannten Expert*innen – wiederholt wird. Doch dies ist eine fatale Logik,
56 die uns nicht nur gedanklich in die Antike zurückführt, sondern ebenso unsere Zukunft
57 zerstören könnte.

58 Die Linke steht in der Tradition der beiden Antimilitarist*innen Rosa Luxemburg und Karl
59 Liebknecht. Gemeinsam mit der Friedensbewegung ist sie gefordert, den gesellschaftlichen
60 Widerstand gegen die Hundertaufrüstung zu organisieren – hier und international.
61 Gerade jetzt braucht es eine klare und eindeutige Haltung. Zusammen mit den vielen neuen
62 Mitgliedern kann die Linke die Kraft entfalten, den Zeitgeist zu wenden.

63 Es war richtig, dass die Linke im Bundestag geschlossen gegen die Grundgesetzänderung und
64 die damit verbundene Hochrüstung gestimmt hat. Das Verhalten der linken Senatorinnen und
65 Ministerinnen in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, in dessen Folge im Bundesrat für die
66 Grundgesetzänderung votiert wurde, war hingegen falsch und hat unserer politischen
67 Glaubwürdigkeit geschadet.

68 Jetzt kommt es darauf an, konkrete Schritte gegen die Militarisierung der Gesellschaft
69 einzuleiten und aktiv zu werden: gegen Krieg und Aufrüstung und für die Perspektive einer
70 anderen Gesellschaft, in der nicht die Interessen des Kapitals die Richtung vorgeben.

71 **Die Linke...**

- 72 • ...beteiligt sich aktiv an regionalen und überregionalen Aktionen der Friedensbewegung
73 gegen die Hochrüstung,
- 74 • ...betont dabei immer das Interesse der Armen und Arbeitenden gegen Sozialabbau und
75 Kriegstüchtigkeit,
- 76 • ...unterstützt Kampagnen und Aktivitäten ihrer lokalen Gliederungen, die sich gegen die
77 Folgen der Zeitenwende richten,
- 78 • ...erstellt Aufklärungsmaterial, das den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und
79 Sozialabbau verdeutlicht und von den lokalen Gliederungen genutzt werden kann,
- 80 • ...nutzt ihre Reichweite in den sozialen Medien, um die herrschenden
81 Aufrüstungsnarrative offensiv in Frage zu stellen,
- 82 • ...stellt den lokalen Gliederungen Argumentationshilfen zur Verfügung,
- 83 • ...schafft innerparteiliche Bildungs- und Austauschformate zu den aktuellen Fragen von

weitere Antragstellende

Kreis- bzw. Bezirksverbände:

KV Düsseldorf, KV Darmstadt, KV Ravensburg, KV Karlsruhe, KV Herford, KV Freiburg, KV Ravensburg, KV Siegen-Wittgenstein, KV Erlangen/Erlangen-Höchstadt, KV Ortenau, KV Waldeck-Frankenberg, KV Nürnberg, BV Steglitz-Zehlendorf

Bundesweite Zusammenschlüsse/Jugend- und Studierendenverband:

Die Linke.SDS, Antikapitalistische Linke, Sozialistische Linke

Delegierte:

Agnes Conrad (MdB, KV Unterfranken), Aaron Valent (MdB, KV Würzburg Mainfranken), Evelyn Schötz (MdB, KV Mittelfranken), Cem Ince (MdB, KV Salzgitter), Nicole Gohlke (MdB, KV München), Naisan Raji (Partei Vorstand, SL), Thies Gleiss (Partei Vorstand, AKL), Margit Glasow (Partei Vorstand), Sabine Skubsch (KV Karlsruhe), Regina Preysing (SL), Sarah Niedrich (Die Linke.SDS), Vera Baryshnikov (Linksjugend ['solid']), Samuel Scherl (KV Regensburg), Elida Danger (KV Kassel-Stadt), Paul Wittgen (KV Düren), Andrei Yagoubov (KV München), Nick Papak Amoozegar (Cuba sí), Martina van Holst (KV Frankfurt am Main), Marie-Jacqueline Panten (Linksjugend ['solid']), Thorben Peters (KV Lüneburg), Lukas Hof (Die Linke.SDS), Antonia Marquardt (KV Fulda), Adelheid Rupp (KV Rosenheim), Rolf Kohn (KV Recklinghausen), Hanna Wanke (Mittelfranken), Aaron Schreiner (KV Darmstadt), Armin Duttine (BV Treptow-Köpenick), Karin Kant (BV Treptow-Köpenick), Sonja Kemnitz (BAG Senior*innenpolitik), Sarah Vollath (KV Oberbayern), Martin Bauhof (KV Oberbayern), Hana Qetinaj (KV Frankfurt am Main, Die Linke.SDS), Janine Burkhardt (KV Lüneburg), Heike Benz (KV Günzburg/Neu-Ulm), Rolf Zaspel (KV Vorpommern/Rügen), Hannah Vongries (KV Neukölln), Inge Höger (AKL), Jaime Martínez Porro (BV Steglitz-Zehlendorf), Hannes Draeger (KV Düsseldorf), Elisabeth Wissel (BV Tempelhof-Schöneberg), Dennis Sabisch (KV Wolfenbüttel, Delegiert über die Linksjugend ['solid']), Elida Danger (Delegierte, KV Kassel-Stadt),

Landesarbeitsgemeinschaften:

LAG KPF Niedersachsen

weitere:

Özlem Alev Demirel (MdEP), Nina Eumann (Partei Vorstand), Theo Glauch (Partei Vorstand), Margarita Kavali (Partei Vorstand), Ulrike Eifler (Partei Vorstand), Kathrin Flach Gomez (KV Nürnberg), Doris Hammer (BV Tempelhof-Schöneberg), Bert Stecker (KV Mittelfranken), Titus Schüller (KV Mittelfranken), Ariane Alba Marquez (Bundesvorstand Die Linke.SDS, KV Frankfurt am Main), Lothar Gritschke (KV Nürnberg Stadt & Land), Hartmut Grabow (BV Marzahn-Hellersdorf), Sonja Szyborra (BV Treptow/Köpenick), Lutz Putzger (BV Treptow/Köpenick), Uwe Frenzel (BV Treptow-Köpenick), Michael Schneider (BV Treptow-Köpenick), Petra Willemelis (BV Treptow-Köpenick), Wolfgang Ackermann (KV Uckermark), Lukas Meisner (BV Tempelhof-Schöneberg), Göran Schöfer (KV Märkisch-Oderland), Gregor Witt (KV Düsseldorf), Hanno Plass (BV Hamburg Eimsbüttel), Helge Meves (KV LDS), Horst-Dieter Giera (Berlin Mitte, BO390), Hubertus Zebel (KV Münster, Landesvorstand NRW), Jan Kersting (KV Kassel-Land), Jan Schalauske (KV Marburg-Biedenkopf), Jan Urbanczyk (KV Erlangen/ERH), Jens Harders (KV Wesermarsch), Johannes Franck (BV Tempelhof-Schöneberg, Linksjugend ['solid']), Julian Eder (KV Wetterau), Jürgen Bachmann (KV Schwalm-Eder), Katharina Gübel (KV Bonn), Katrin Abromeit (BV Steglitz-Zehlendorf), Kerstin Fremder-Sauerbeck (BV Hamburg Eimsbüttel), Klaus-Wilhelm Depker (KV Northeim), Konrad Wanner (KV Heilbronn), Lewin Reimann (KV Wesermarsch), Louis Pohl (KV

Gütersloh), Luca Steinbeck (KV Gießen), Lucy Redler (BV Neukölln), Lukas Eitel (Mittelfranken), Mara Busch (KV Gütersloh), Marc Sträb (OV Northeim), Marco Fühles (KV Düsseldorf), Marco Hamann (KV Leipzig), Margarete Wiemer (KV Frankfurt am Main), Margrit Dorn (KV Gütersloh), Maria Strandt (BV Berlin-Mitte, BO Heinrich-Heine-Straße), Maria-Elisa Li Vigni (KV Pforzheim/Enzkreis), Markus Uhlenbrock-Ehnes (KV Freiburg), Martha Kleedörfer (BV Berlin-Mitte), Martin Peth (KV Bonn), Matthias Wenzelmann (KV Gütersloh), Maxi Kisters (Bundesvorstand Die Linke.SDS), Meinhard Meuche-Mäker (BV Hamburg Eimsbüttel), Melina Maria Hagedorn (KV Euskirchen), Michael Krähe (BV Berlin-Mitte, BO390), Michelle Storch (KV Landkreis Rostock), Mirko Boysen (KV Freiburg), Monika Dahl (BV Friedrichshain-Kreuzberg), Moritz Beer (SV Leipzig), Nicole Gohlke (KV München, MdB), Nik Klefisch (KV Essen), Nils Böhlke (KV Düsseldorf), Ole Pütz (KV Bonn), Patrick Vetter (KV Wesermarsch), Phillip Becher (BV Hamburg-Harburg), Reiner Bamberger (KV Westerwald), Robert Wolf (KV Magdeburg), Rolf Pflugmacher (KV Northeim), Rolf Rist (KV Ortenau), Rudolf Bürgel (KV Karlsruhe), Rudolf Starosta (KV Aachen), Sandra Siegismund (KV Northeim), Sarah Bremer (BV Tempelhof-Schöneberg), Sebastian Rave (KV Links der Weser, Bremen), Sebastian Stark (LV Baden-Württemberg), Simone Obst (KV Gütersloh), Stanislav Jurk (BV Tempelhof-Schöneberg), Susanne Dzeik (BV Friedrichshain-Kreuzberg), Susanne Kamm (KV Aachen), Thomas Haschke (KV Stuttgart, Sprecher LAG-FIP BaWü), Tim Johannfunke (KV Gütersloh), Tjark Delfs (KV Leipzig), Tobias Franke (KV Wesermarsch), Ursula Weisser-Roelle (KV Braunschweig), Vivien Sandt (KV Wesermarsch), Wolfgang Zimmermann (KV Düsseldorf), Xaver Ketterl (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frank Laubenburg (Bundessprecher Die Linke queer), Ellen Janik (KV Frankfurt/Main), Fiona Carol Sampson (Kreisvorsitzende Traunstein-BGL), Ellen Janik (KV Frankfurt/Main), Daniela Dohr (BV Friedrichshain-Kreuzberg), Derya Kilicarslan (SV Leipzig), Dieter Höver (KV Euskirchen), Dietmar Mückshoff (KV Gütersloh), Dirk Jakob (Geschäftsführer KV Siegen-Wittgenstein), Doris Hammer, (BV Tempelhof-Schöneberg), Dr. Harald Piron (KV Euskirchen), Dr. Jörg Götz Hege (OV Heidelberg), Dustin Küttner (KV Niederbayern-Mitte), Elena Mews (KV Euskirchen), Fabian Schneider (KV Regensburg), Ruben Lehnert (BV Neukölln), Rüdiger Deißler (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Sabine Wegmann (KV Region Hannover), Thilo Urchs (BV Berlin Mitte), Virginia-Andrée Rittinghaus (KV Gütersloh)

Antrag G.10: Gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste – für die Selbstbestimmung der Jugend!

Antragsteller*in:

linksjugend ['solid] und Die Linke.SDS

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste – für die**
2 **Selbstbestimmung der Jugend!**

3 Die Linke spricht sich klar und unmissverständlich gegen die Wiedereinführung der
4 Wehrpflicht sowie jeglicher Formen von Ersatz- oder Zwangsdiensten aus. Die Linke setzt
5 sich für die Selbstbestimmung der Jugend und ein Bildungssystem ein, das auf
6 Selbstbestimmung, der Befähigung zur kritischen Meinungsbildung und der aktiven Teilnahme
7 an demokratischen Prozessen beruht.

8 Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre ein weitreichender Eingriff in die
9 selbstbestimmte Lebensgestaltung von Jugendlichen. Sie sollen in Gehorsamkeit geübt und an
10 der Waffe ausgebildet werden, um in letzter Konsequenz Menschen töten zu sollen, um die
11 Interessen Deutschlands mit der Waffe zu „verteidigen“.

12 Auch verpflichtende Ersatzdienste schränken die Selbstbestimmung massiv ein – und das bei
13 oft schlechter Bezahlung und mangelnder Anerkennung. Nicht ausgebildete junge
14 Arbeitskräfte sollen den Sparkurs der letzten Jahre ausgleichen. Gleichzeitig zerfallen
15 Schulen vor unseren Augen und Jugendzentren werden dicht gemacht. Die zu wenigen
16 Fachkräfte brennen unter schlechten Bedingungen und der immer weiter steigenden
17 Arbeitsbelastung aus, um das Bildungs- und Gesundheitssystem am Leben zu halten.
18 Währenddessen spart die Regierung das Land weiterhin kaputt, während Geld in Aufrüstung
19 gesteckt wird.

20 Verpflichtende Ersatzdienste sind keine Lösung für den politisch verursachten
21 Fachkräftemangel! Um den Fachkräftemangel zu lösen, braucht es bessere Löhne, gute
22 Arbeitsbedingungen sowie Ausbildungsmöglichkeiten in diesen Berufen, um die hohe
23 Arbeitsbelastung zu verringern – und somit auch eine angemessene Förderung von
24 Freiwilligen zu ermöglichen.

25 Daher fordert Die Linke:

- 26 • **Nein zur Wehrpflicht:** Keine Wiedereinführung von Wehrpflicht sowie Ersatz- oder
27 Zwangsdiensten! Stattdessen braucht es eine Politik, die auf Frieden, Diplomatie,
28 Deeskalation und Abrüstung setzt.
- 29 • **Bessere Bedingungen für Freiwilligendienst:** Erhöhung und Angleichung des
30 Taschengeldes für alle Freiwilligen, damit es zum Leben reicht. Eine Einführung eines
31 Null-Euro-Tickets für den Nahverkehr für alle Freiwilligendienstleistenden sowie
32 langfristig für Alle, um finanzielle Hürden abzubauen. Gesetzlicher Anspruch auf
33 einen Platz im Freiwilligendienst für alle Interessierten.
- 34 • **Bessere Bedingungen für Arbeitskräfte im sozialen und Gesundheitssystem:** Ohne
35 Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird der Fachkräftemangel nicht abgebaut und
36 Freiwillige können nicht ernsthaft begleitet und gefördert werden. Dafür braucht es
37 umfangreiche Investitionen in Soziales, Bildung und Gesundheit. Die Begleitung von

- 38 Freiwilligen muss Teil der Ausbildung sein und Studiums- und Ausbildungsbedingungen
39 verbessert werden.
- 40 • **Militärfreie Bildungseinrichtungen:** Keine Unterrichtung zu außenpolitischen
41 Konflikten an Schulen durch die Bundeswehr. Zivilklauseln an Universitäten und
42 Hochschulen müssen verteidigt und ausgeweitet werden. Es sollte ausschließlich aus
43 zivilen und friedlichen Zielen geforscht werden.
 - 44 • **Keine Bundeswehr-Werbung an Bildungseinrichtungen:** Gesetzliches Verbot von Werbung
45 und Rekrutierung von Jugendlichen durch die Bundeswehr an Schulen, Hochschulen,
46 Arbeitsämtern und Jobmessen.
 - 47 • **Keine Rekrutierung von Minderjährigen!**
 - 48 • **Keine Werbung der Bundeswehr im öffentlichen Raum:** Verdrängung von Bundeswehr-
49 Werbung
50 aus dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie von Berufsmessen und anderen
51 Ausbildungs- und Berufsveranstaltungen.
 - 52 • **Protest gegen Militarisierung und Krieg stärken:** Die Versammlungs- und
53 Meinungsfreiheit sind grundlegende demokratische Rechte, die auch und gerade an
54 Universitäten, auf Bildungsmessen und in Schulen zu schützen sind. Widerspruch gegen
55 das Auftreten von Militär oder das Einsetzen gegen Kriege dürfen nicht kriminalisiert
56 werden. Es gilt das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit zu schützen!
 - 57 • **Zivile Ausbildung und Studium attraktiver machen:** Durch das schlechte
58 Ausbildungsangebot und die überlaufenen Universitäten, ist die Bundeswehr häufig der
59 letzte Ausweg, um die Wunschausbildung zu ermöglichen. Um das zu verhindern, braucht
60 es eine Ausbildungsumlage und die Kürzungsvorhaben in der Forschung, bei der die
Wegrationalisierung ganzer Universitäten zur Debatte steht, beendet werden!
- 61 Die Linke unterstützt öffentlichkeitswirksam die Jugendpetition „Gegen eine
62 Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste“
- 63 Ja zur Selbstbestimmung! Nein zu Zwangsdiensten! Nein zur Wehrpflicht!

Begründung

Während immer mehr Geld in Aufrüstung gesteckt wird und deutsche Waffen in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden, werden die Bereiche Soziales, Bildung und Wissenschaft, Erziehung und Gesundheit kaputtgespart. Der Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) spricht davon, dass junge Menschen „kriegstüchtig“ werden müssten – Zwangsrekrutierungen nicht ausgeschlossen. Die Union und der Bundeswehrverband machen Druck, die Wehrpflicht noch in diesem Jahr wieder einzuführen. Hochschulen und Freiheitsrechte geraten ins Visier, während verpflichtende Musterungen und Bundeswehr-Werbung an Schulen genutzt werden, um die Gesellschaft auf militärische Konflikte vorzubereiten. Von mehr Waffenlieferungen entsteht kein diplomatischer Druck zur Beendigung von Waffengewalt. Davon, dass Deutschland aufrüstet, werden die Waffen nicht schweigen.

Die Einführung verpflichtender Fragebögen zum Wehrdienst ist ein offensiver vorbereitender Schritt zur Wiedereinführung der Wehrpflicht und somit von Kriegsvorbereitung. Während bereits Millionen in die Werbung der Bundeswehr zur Rekrutierung neuer Mitglieder fließen, erhält die Bundeswehr eine zusätzliche, kostenlose Möglichkeit, junge Menschen für den Militärdienst zu gewinnen. Jugendlichen wird vorgeworfen, sie müssten dem Staat etwas „zurückgeben“. Dabei sind es gerade sie,

die besonders unter den Folgen von Corona, Inflation und steigenden Mieten leiden. Die Jugend glaubt nicht mehr an eine gute Zukunft und anstatt in ihre Perspektiven zu investieren, werden sie für den Kriegsdienst vorbereitet.

Als Linke stellen wir uns dem entgegen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen selbst bestimmen können, anstatt darauf vorbereitet zu werden, auf andere Menschen zu schießen. Mehr Aufrüstung bedeutet nicht mehr Sicherheit – und mehr Waffenlieferungen führen nicht zu einem Ende der Gewalt. Wir streiten für eine Politik, die auf Frieden, Diplomatie, Deeskalation und Abrüstung setzt.

Die Bundeswehr hat seit 2011 fast 20.000 17-jährige als Soldat*innen rekrutiert. 2024 erreichte die Zahl mit 2.203 minderjährigen Rekrut*innen einen Höchststand. Musterungen und Vertragsgespräche finden bereits mit 16-Jährigen statt. Nach den von Deutschland unterzeichneten Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen (2007) gelten diese minderjährigen Bundeswehrsoldat*innen als Kindersoldat*innen. Sie erhalten dasselbe militärische Training wie Erwachsene, wobei gesetzlicher Jugendschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht eingehalten werden. Obwohl sie vor der Volljährigkeit nicht in Auslandseinsätze geschickt werden und keinen bewaffneten Wachdienst leisten, sind sie dennoch erheblichen Risiken ausgesetzt, darunter sexuelle Gewalt, erniedrigende Behandlung sowie körperliche und seelische Schäden. Von 2018 bis 2020 wurden laut Verteidigungsministerium 17 Fälle von sexueller Gewalt gegen minderjährige Soldat*innen gemeldet, wobei in fast einem Drittel der Fälle Vorgesetzte tatverdächtig waren.

Antrag P.01: Geschlechtergerechtigkeit: Es gibt keine „Männerlisten“

Antragsteller*in:

Die Linke queer

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Geschlechtergerechtigkeit: Es gibt keine „Männerlisten“**

2 Die Linke stellt sich nachdrücklich hinter die satzungsrechtlichen Regelungen der Partei
3 zur 50-prozentigen Mindestquotierung für Frauen bei Wahlen zu Ämtern und Mandaten.

4 Wir stellen dabei fest, dass bei Wahlvorgängen das Prinzip der offenen Listen oftmals
5 verkürzt dargestellt wird, in dem diese Listen – explizit oder implizit – als Männerlisten
6 gedacht oder sogar bezeichnet werden.

7 Das hat zum einen zur Folge, dass Frauen nur selten auf offenen Listen der Partei
8 kandidieren und noch seltener auf diesen gewählt werden.

9 Zum anderen wird dadurch der Eindruck erweckt, die satzungsrechtlichen Regelungen der
10 Partei Die Linke folgten einer binären Denkweise, in der es nur zwei Geschlechter gäbe.
11 Dies ist aber gerade nicht der Fall. Es gibt keine „Männerlisten“.

12 Auf den offenen Listen können alle Menschen, unabhängig von ihrer
13 Geschlechtszugehörigkeit, kandidieren. Die Partei ist gefordert, dies im Rahmen von
14 Hinweisen und Leitfäden für Wahlen innerhalb der Partei noch deutlicher herauszustellen
15 und die entsprechende Schulung von Wahlleitungen zu intensivieren.

16 Bereits 1932 hatte das XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale
17 (Ekki) Regeln für eine Frauenquote beschlossen, die im gleichen Jahr noch von der KPD für
18 ihre eigene Arbeit konkretisiert wurden.

19 Von daher ist es auch eine Aufgabe von Die Linke, in dem anhaltenden gesellschaftlichen
20 Diskurs über Frauenquoten deutlich zu machen, dass die mindestens gleichberechtigte
21 Teilhabe von Frauen an der politischen Arbeit keineswegs eine neomodische kleinbürgerlich-
22 woke Spinnerei ist, sondern diese zutiefst verankert ist in den Prinzipien und der
23 Tradition der Arbeiter:innenbewegung und sozialistischer Parteien.

24 Die 50-prozentige Mindestquotierung für Frauen stellt auch keine „Minderheitenschutz“ dar.
25 Vielmehr sind mehr als 50% der bundesdeutschen Gesellschaft Frauen.

26 Die Linke hält es vor diesem Hintergrund nicht für angebracht, die Frage 50-prozentigen
27 Mindestquotierung mit der Frage eines Minderheitenschutzes bzw. der Förderung und
28 Repräsentation von Minderheiten in satzungsrechtlichen Fragen zu vermischen.

29 In Vorständen, Gremien und auf Wahllisten der Partei Die Linke sollte die Breite der
30 Partei unter anderem hinsichtlich inhaltlicher Positionen, Alter, geschlechtlicher
31 Identität und sexueller Orientierung, familiären Hintergrunds, Betroffenheit von
32 Rassismus, gesundheitlicher oder körperlicher Einschränkungen und gesellschaftlichen
33 Status abgebildet werden.

34 Genoss:innen, die gesellschaftlich an den Rand gedrängten und diskriminierten Gruppen
35 angehören, müssen in der Partei besonders gefördert werden.

36 Schulungen und Bildungsangebote sind entsprechend zu konzipieren. Zudem muss auch
37 diskutiert werden, ob diese Ziele durch satzungsrechtliche Regelungen befördert werden

38 können. Solche Regelungen dürfen die 50-prozentige Mindestquotierung für Frauen allerdings
39 nicht infrage stellen.

Antrag P.02: Geschlechtervielfalt anerkennen, Selbstbestimmung in der Partei leben!

Antragsteller*in: SV Magdeburg und Anke Jäger, Gabriel Rücker (they/them · Sachsen-Anhalt · Nr. 414), Annett Rumpf (Sachsen-Anhalt · Nr. 415)

Der Parteitag möge beschließen:

1 Geschlechtervielfalt anerkennen, Selbstbestimmung in der Partei leben!

2 Am 12. April 2024 wurde vom Bundestag das Selbstbestimmungsgesetz beschlossen. Dies stellt
3 einen riesigen Fortschritt im Vergleich zum bisherigen Transsexuellengesetz dar. Unsere
4 Partei hat sich für diesen Fortschritt maßgeblich mit eingesetzt. Bei den
5 Listenaufstellungen und unserer Partei werden jedoch nicht alle Geschlechtsidentitäten
6 abgebildet. Hier müssen wir die praktische Umsetzung bei Listenaufstellungen und
7 Redelisten diskutieren sowie transparente Regelungen schaffen. Generell ist der
8 Diskussionsstand zu Themen der geschlechtlichen Vielfalt in der Partei noch nicht
9 ausreichend. Die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt in unserer Satzung war ein erster
10 wichtiger Schritt – diesen müssen wir weiter gehen. Wir fordern daher, geschlechtliche
11 Vielfalt in der Partei sichtbar zu machen und zu leben.

12 Dazu fordern wir:

- 13 1. TINA*-Personen sind bei allen Themen und Strukturen der Partei grundsätzlich
14 anzuerkennen, einzubeziehen und zu unterstützen. Dies gilt insbesondere bei der
15 Ermutigung zur Übernahme von Ämtern und Funktionen.
- 16 2. Der Bundesparteitag fordert den Parteivorstand auf, die Satzungen und Ordnungen der
17 Partei so zu überarbeiten, dass sie die geschlechtliche Vielfalt abbilden. Dazu legt
18 der Parteivorstand Vorschläge vor, wie TINA*-Personen bei Wahlen berücksichtigt
19 werden können.
- 20 3. Der Parteivorstand erarbeitet Maßnahmen, um die geschlechtliche Vielfalt in der
21 Partei zu stärken und Diskriminierung abzubauen.
- 22 4. Der Parteivorstand bietet Formate an, in denen über geschlechtliche Vielfalt
23 aufgeklärt wird. Vor allem Genoss*innen in Ämtern und Mandaten müssen für diese
24 Thematik sensibilisiert werden.
- 25 5. Es werden Formate eingerichtet, in denen der Parteivorstand konkrete Maßnahmen
26 entwickelt, um die Sichtbarkeit geschlechtlicher Vielfalt – auch parteiintern – zu
27 verbessern.
- 28 6. Der Parteivorstand überprüft, welche Barrieren in der Partei bestehen – strukturelle,
29 räumliche oder andere Hindernisse –, die TINA*-Personen betreffen, und entwickelt
30 Maßnahmen zu deren Abbau.
- 31 7. Die Partei erarbeitet transparente und angemessene Regelungen zu TINA*-Personen, auch
32 in Bezug auf Kandidaturen für Listen und deren Berücksichtigung bei der Quotierung.
33 So sollte beispielsweise vermieden werden, nicht-binäre Menschen in die Kategorien

34 „männlich gelesen“ und „weiblich gelesen“ aufzuteilen, da dies die Betroffenen in ein
35 binäres Geschlechtssystem zwingt, dass ihre Geschlechtsidentität erneut
36 diskriminiert.

37 Erläuterung zur Abkürzung TINA*-Personen

38 TINA* steht für „Trans*, Inter*, Nicht-binäre und Agender-Personen. Dieser Sammelbegriff
39 bezeichnet Menschen, die sich nicht ausschließlich mit den traditionellen
40 Geschlechtskategorien „männlich“ und „weiblich“ identifizieren. Der Stern (*) symbolisiert
41 dabei die Offenheit für weitere, nicht-binäre Geschlechtsidentitäten und unterstreicht den
42 Anspruch, über starre Kategorien hinauszugehen.

Antrag P.03: Befassung des Parteivorstandes mit geschlechtergerechter Weiterentwicklung der Parteistrukturen und Initiierung eines parteiweiten Dialogprozesses

Antragsteller*in:

Kira van Peeren, Frauenbeauftragte Die Linke NRW

Der Parteitag möge beschließen:

1 Befassung des Parteivorstandes mit geschlechtergerechter Weiterentwicklung der Parteistrukturen und Initiierung eines parteiweiten Dialogprozesses

3 Der Parteivorstand wird beauftragt, sich eingehend mit der Weiterentwicklung der
4 geschlechtergerechten Strukturen innerhalb der Partei Die Linke zu befassen und einen
5 umfassenden, parteiweiten Dialogprozess zu initiieren. Hierbei sollen insbesondere
6 folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Weiterentwicklung der Frauenplenen

8 Die Möglichkeit der Weiterentwicklung der Frauenplenen zu FLINTA-Plenen (Frauen, Lesben,
9 inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) soll umfassend geprüft werden. Dabei ist
10 zu berücksichtigen, wie Menschen mit den Geschlechtseinträgen "weiblich", "divers" oder
11 ohne Geschlechtseintrag gleichberechtigt einbezogen werden können, ohne die historisch
12 erkämpften Rechte der Frauenplenen zu beschneiden. Die Übertragung aller bisherigen Rechte
13 und Befugnisse der Frauenplenen auf die zu entwickelnden FLINTA-Plenen ist zu prüfen.

14 Es soll dabei auch untersucht werden, wie die praktische Umsetzung in den verschiedenen
15 Gliederungen der Partei (Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsebene) gestaltet werden kann und
16 welche Ressourcen und Unterstützungsmaßnahmen hierfür erforderlich sind.

2. Quotierte Listen für geschlechtliche Vielfalt

18 Die Einführung einer quotierten Liste für Personen mit diversem oder ohne
19 Geschlechtseintrag bei Wahlen zu Parteiämtern und bei der Aufstellung von Kandidat:innen
20 für öffentliche Wahlen soll detailliert geprüft werden. Hierbei sind verschiedene Modelle
21 zu erarbeiten, die sicherstellen, dass diese Personengruppen angemessen repräsentiert
22 werden, ohne dass die Frauenquote, die als Errungenschaft der Frauenbewegung zu würdigen
23 ist, geschwächt wird.

24 Zu prüfen sind unter anderem folgende Varianten:

- 25 • Reservierung eines garantierten Platzes unter den Top 10 auf Wahllisten
- 26 • Einrichtung einer eigenständigen quotierten Liste für Personen mit Geschlechtseintrag

27 "divers" oder ohne Geschlechtseintrag

28 • Regelungen für den Fall, dass keine Person mit entsprechendem Geschlechtseintrag für
29 einen reservierten Platz kandidiert

30 • Prozentuale Mindestbeteiligung in allen Gremien der Partei

31 **3. Erweiterung des Rederechtssystems**

32 Die Erweiterung des Rederechtssystems auf Veranstaltungen der Partei um eine quotierte
33 Redeliste für Personen mit dem Geschlechtseintrag "divers" oder ohne Geschlechtseintrag
34 soll umfassend diskutiert werden. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

35 • Verhältnis der zusätzlichen quotierten Redeliste zur bestehenden Frauenliste

36 • Technische und organisatorische Umsetzbarkeit auf verschiedenen Parteiebenen

37 • Schulungs- und Informationsbedarf für Versammlungsleitungen

38 • Möglichkeiten der digitalen Unterstützung bei der Verwaltung mehrerer Redelisten

39 **Maßnahmen und Zeitplan:**

40 Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Bundesparteitag folgende Maßnahmen
41 umzusetzen:

42 **1. Parteiweiter Dialogprozess**

43 Durchführung eines umfassenden Dialogprozesses mit mindestens folgenden Elementen:

44 a) Regionale Diskussionsveranstaltungen:

45 • Mindestens zwei Veranstaltungen pro Landesverband, davon mindestens eine in Präsenz,
46 eine digital oder zwei in hybrider Form

47 • Sicherstellung der Barrierefreiheit und niedrigschwelliger Zugangsmöglichkeiten

48 • Professionelle Moderation zur Gewährleistung einer konstruktiven und respektvollen
49 Gesprächsatmosphäre

50 b) Bundesweite Konferenz:

51 • Durchführung einer zweitägigen bundesweiten Konferenz zum Thema "Geschlechtergerechte
52 Parteistrukturen im 21. Jahrhundert"

53 • Beteiligung von Expert:innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und sozialen
54 Bewegungen

55 • Workshops zu den einzelnen Themenschwerpunkten

56 • Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen

57 c) Digitale Beteiligungsformate:

58 • Einrichtung einer Online-Plattform für kontinuierlichen Austausch

59 • Regelmäßige Onlinediskussionen zu Teilaspekten

60 • Möglichkeit zur Einreichung schriftlicher Beiträge und Stellungnahmen

61 d) Gezielte Ansprache und Einbeziehung:

62 • Aktive Einbindung von betroffenen Personengruppen

63 • Besondere Berücksichtigung der Perspektiven von Personen mit dem Geschlechtseintrag
64 "divers" oder ohne Geschlechtseintrag

65 • Dialog mit queer-feministischen Gruppen innerhalb und außerhalb der Partei

66 **2. Wissenschaftliche Begleitung und Expertise**

67 a) Expert:innengremium:

- 68 • Einrichtung eines Expert:innengremiums aus Parteiaktivist:innen,
- 69 Wissenschaftler:innen und Vertreter:innen von LGBTIQ+-Organisationen
- 70 • Regelmäßige Beratung des Dialogprozesses
- 71 • Wissenschaftliche Fundierung der Diskussion

72 b) Internationale Vergleichsstudie:

- 73 • Untersuchung von Best-Practice-Beispielen aus anderen Parteien im In- und Ausland
- 74 • Analyse der Erfahrungen mit ähnlichen Strukturreformen
- 75 • Übertragbarkeit auf die Strukturen der Linken

76 **3. Konzeptentwicklung und Beschlussvorlage**

77 a) Konzeptpapier:

- 78 • Erstellung eines umfassenden Konzeptpapiers, das die Ergebnisse des Dialogprozesses
- 79 zusammenfasst
- 80 • Ausarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen für die Umsetzung in der Partei
- 81 • Darstellung verschiedener Optionen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen

82 b) Juristische Prüfung:

- 83 • Gründliche juristische Prüfung der erarbeiteten Vorschläge
- 84 • Berücksichtigung des Parteiengesetzes und anderer relevanter Rechtsvorschriften
- 85 • Gutachterliche Stellungnahme zur rechtlichen Umsetzbarkeit

86 c) Umsetzungsplan:

- 87 • Entwicklung eines detaillierten Zeitplans für eine mögliche schrittweise Umsetzung
- 88 • Beschreibung der notwendigen organisatorischen und strukturellen Anpassungen
- 89 • Abschätzung des Ressourcenbedarfs für die Umsetzung

90 d) Beschlussvorlagen:

- 91 • Erarbeitung konkreter Beschlussvorlagen für den nächsten Bundesparteitag
- 92 • Formulierung von Satzungsänderungsanträgen (falls erforderlich)
- 93 • Entwurf von Umsetzungsrichtlinien für die verschiedenen Parteebenen

94 **Berichterstattung:**

95 Der Parteivorstand berichtet regelmäßig über den Fortgang des Dialogprozesses und der
96 Konzeptentwicklung:

- 97 1. Alle vier Monate schriftliche Fortschrittsberichte an die Mitgliedschaft
- 98 2. Regelmäßige Berichterstattung in den Sitzungen des Bundesausschusses
- 99 3. Einrichtung eines speziellen Bereichs auf der Webseite der Bundespartei zur
- 100 Dokumentation des Prozesses
- 101 4. Vorstellung eines umfassenden Zwischenberichts auf einer Tagung des
- 102 Bundesausschusses, spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung

103 Auf dem nächsten Bundesparteitag soll der Parteivorstand einen ausführlichen

104 Abschlussbericht vorlegen und konkrete Beschlussvorlagen zur Abstimmung stellen.

Begründung

Die Partei Die Linke steht seit ihrer Gründung für eine progressive und inklusive Politik. Die rechtliche Anerkennung des dritten Geschlechtseintrags "divers" und die Möglichkeit, keinen Geschlechtseintrag zu führen, erfordert eine Anpassung unserer parteiinternen Strukturen an diese gesellschaftliche und rechtliche Entwicklung.

In den letzten Monaten hat Die Linke in vielen Bereichen ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Viele dieser neuen Mitglieder haben sich der Partei gerade wegen ihres Einsatzes für Geschlechtergerechtigkeit und die Rechte marginalisierter Gruppen angeschlossen. Für diese neuen, aber auch für viele langjährige Mitglieder sind die Themen geschlechtergerechte Parteistrukturen und die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt von besonderer Wichtigkeit. Die breite Befassung mit diesen Themen ist daher nicht nur aus grundsätzlichen Überlegungen heraus geboten, sondern entspricht auch dem ausdrücklichen Wunsch eines bedeutenden Teils unserer Mitgliedschaft.

Statt einer unmittelbaren Satzungsänderung ist es jedoch sinnvoll, zunächst einen breiten Diskussionsprozess innerhalb der Partei zu initiieren, um die verschiedenen Perspektiven zu hören und eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Dieser Prozess soll sicherstellen, dass die Anliegen aller Betroffenen angemessen berücksichtigt werden und dass die Partei gemeinsam einen Weg findet, ihre Strukturen inklusiver zu gestalten.

Die Veränderungen betreffen grundlegende Aspekte der Parteiarbeit und -struktur:

1. Zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit

Die gesellschaftliche Realität und das Verständnis von Geschlechteridentitäten haben sich weiterentwickelt. Mit der Schaffung des dritten Geschlechtseintrags "divers" im Jahr 2018 hat der Gesetzgeber die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten auch rechtlich anerkannt. Diese Entwicklung spiegelt sich in der zunehmenden Sichtbarkeit und Selbstverständlichkeit nicht-binärer, inter und trans Personen in der gesellschaftlichen Debatte wider.

Als progressive Kraft müssen wir diesen gesellschaftlichen Wandel auch in unseren eigenen Strukturen nachvollziehen. Eine zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit muss über die binäre Vorstellung von Geschlecht hinausgehen und alle Geschlechtsidentitäten in den Blick nehmen. Gleichzeitig darf dies nicht dazu führen, dass die historisch erkämpften Errungenschaften der Frauenbewegung und die nach wie vor notwendigen Schutzräume für Frauen geschwächt werden.

2. Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt

Personen mit dem Geschlechtseintrag "divers" oder ohne Geschlechtseintrag sind in politischen Gremien und Diskussionen häufig unterrepräsentiert. Ihre Perspektiven werden nicht ausreichend gehört und ihre spezifischen Erfahrungen finden keinen angemessenen Eingang in politische Entscheidungsprozesse.

Die Partei Die Linke hat den Anspruch, allen Menschen eine politische Heimat zu bieten und insbesondere marginalisierte Gruppen in ihren Reihen zu stärken. Die explizite Berücksichtigung geschlechtlicher Vielfalt in unseren Strukturen würde ein starkes Signal der Anerkennung und Wertschätzung setzen und könnte dazu beitragen, mehr Menschen mit verschiedenen Geschlechtsidentitäten für ein Engagement in unserer Partei zu gewinnen.

3. Solidarität und Inklusion

Ein Kernwert der Linken ist die Solidarität mit allen, die von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind. Personen mit dem Geschlechtseintrag "divers" oder ohne Geschlechtseintrag erfahren in unserer Gesellschaft vielfältige Formen von Diskriminierung, von alltäglichen Mikroaggressionen bis hin zu struktureller Benachteiligung.

Als Partei haben wir die Verantwortung, geschützte Räume zu schaffen, in denen marginalisierte Gruppen sich frei äußern, organisieren und empowern können. Eine Weiterentwicklung unserer Strukturen in Richtung einer umfassenderen Geschlechtergerechtigkeit wäre ein wichtiger Schritt, um dieser Verantwortung gerecht zu werden und unsere Solidarität praktisch unter Beweis zu stellen.

4. Politische Konsequenz

Die Linke setzt sich programmatisch für die Rechte von LGBTIQ+ ein und fordert den Abbau von Diskriminierung und die volle gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität. Es wäre politisch inkonsequent, diese Forderungen nach außen zu vertreten, ohne sie auch in den eigenen Strukturen umzusetzen.

Eine Partei, die glaubwürdig für Veränderung in der Gesellschaft eintreten will, muss mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass eine inklusive, geschlechtergerechte Organisation möglich ist. Durch die Weiterentwicklung unserer Strukturen können wir unsere Prinzipien lebendig werden lassen und ein Modell für andere gesellschaftliche Bereiche schaffen.

5. Demokratische Gestaltung des Wandels

Die vorgeschlagenen Veränderungen betreffen zentrale Aspekte unserer Parteistruktur und -kultur. Sie sollten daher nicht überstürzt, sondern in einem demokratischen, partizipativen Prozess gestaltet werden, der die verschiedenen Stimmen und Perspektiven innerhalb der Partei einbezieht.

Ein umfassender Dialogprozess ermöglicht es uns, gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln, die sowohl die historischen Errungenschaften der Frauenbewegung respektieren als auch den berechtigten Anliegen anderer marginalisierter Geschlechtsidentitäten gerecht werden. Nur durch einen solchen inklusiven Prozess können wir sicherstellen, dass die letztendlich beschlossenen Maßnahmen auf einer breiten Akzeptanz innerhalb der Partei basieren und nachhaltig umgesetzt werden können.

Antrag P.04: Die nächsten Aufgaben für die Partei Die Linke

Antragsteller*in:

SV Gera, Dieter Hausold und Judith Dellheim

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die nächsten Aufgaben für die Partei Die Linke

- 2 1. Die Mitglieder der Partei, die Basis- und Ortsgruppen, die Kreis- und Landesverbände,
3 die Bundesarbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse der Partei werden aufgerufen:
 - 4 a) Eine auf Erhöhung der politischen Wirksamkeit der Partei orientierte Debatte zur
5 offensiven Auseinandersetzung mit Faschismus bzw. Rechtsextremismus, insbesondere mit der
6 AfD, zu führen und die Schlussfolgerungen den Landesvorständen und dem Parteivorstand zu
7 übergeben;
 - 8 b) eine gründliche Debatte zum Parteiprogramm zu führen und die auftretenden Fragen,
9 Kritiken und Vorschläge zur Fortschreibung den Landesvorständen und dem Parteivorstand zu
10 übergeben;
 - 11 c) Zu einer gründlichen Auswertung der Wahlkämpfe und -ergebnisse der Europa- und
12 Bundestagswahlen seit 2018 durch die Bundespartei beizutragen;
 - 13 d) An einer umfassenden Analyse zum Zustand der Partei und ihrer Geschichte seit Beginn
14 der Linken mitzuwirken;

15 e) Aktivitäten anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus unter
16 besonderer Würdigung der Rolle der UdSSR zu initiieren und zu unterstützen; dabei
17 unmissverständlich klarzustellen, dass Die Linke auch angesichts des
18 Geschichtsrevisionismus in der Gesellschaft ihre Verurteilung des Krieges gegen die
19 Ukraine und der Politik von Aufrüstung und Expansion militärischer Blockbildung in keiner
20 Weise relativiert.

21 2. Der Parteivorstand wird beauftragt,

- 22 • zu a) und e) der Partei inhaltliche Orientierungen vorzulegen und zu klären, wie die
23 Diskussionen und Aktivitäten der Partei ihr Profil als aufklärerische
24 antifaschistische Kraft stärken und ihre Politikwirksamkeit erhöhen können;
- 25 • zu b): an der Debatte aktiv teilzunehmen, ihren Verlauf und ihre Zwischenergebnisse
26 öffentlich zu dokumentieren und der nächsten Tagung
- 27 • des Parteitages Schlussfolgerungen zur programmatischen Arbeit zur Diskussion und
28 Beschlussfassung vorzulegen;
- 29 • zu c) und d): der Partei Schwerpunkte und Fragen für die Debatte vorzulegen, ihren
30 Verlauf und ihre Zwischenergebnisse öffentlich zu dokumentieren und der nächsten
31 Tagung des Parteitages Schlussfolgerungen zur Parteientwicklung zur Diskussion und
32 Beschlussfassung vorzulegen;
- 33 • eine Diskussion des Statuts der Partei einzuleiten, um die innerparteiliche
34 Demokratie zu stärken (im Kontext mit d).

Begründung

Spätestens die Wahlergebnisse 2024 haben deutlich gemacht, dass die Partei gesellschaftspolitisch fast jeden Einfluss verloren hat. Eine starke sozialistische Partei in Deutschland, dem bevölkerungsreichsten und ökonomisch stärksten EU-Mitgliedsland, ist ein gesellschaftspolitisches und internationalistisches Erfordernis.

Die im Antrag formulierten Aufgaben sind dringlich, damit Die Linke mit klarem politischem Profil erstarbt, sich in jenen Teilen der Gesellschaft verankert, die wollen, dass jeder Mensch selbstbestimmt in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur leben kann.

Wir stellen diesen Antrag erneut an den Bundesparteitag, weil wir als Einreicher*in im Nachgang des Oktober-Parteitages 2024 keine Information darüber erhalten haben, ob und wann eine Behandlung im Parteivorstand erfolgen sollte. Auch wurde keine Einladung zur Mitberatung an uns als Einreicher*in ausgesprochen.

Inhaltlich stehen die Aufgaben, die im Antrag formuliert sind, weiterhin auf der Tagesordnung. Der Wahlerfolg vom 23. Februar 2025 macht das gerade deutlich und verbessert die Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Antrages.

Antrag P.05: Debattenprozess über die Rechte von queeren Mitgliedern in der Partei Die Linke führen

Antragsteller*in: BAG Lisa, Sefika Minte (Nordrhein-Westfalen · Nr. 344), Bianca Austin (Nordrhein-Westfalen · Nr. 017)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Debattenprozess über die Rechte von queeren Mitgliedern in der Partei Die Linke führen**
- 2 Die Linke führt in den beiden kommenden Jahren einen Debattenprozess darüber, wie für
- 3 queere Mitglieder besondere Rechte innerhalb der Partei ausformuliert, verankert und
- 4 gewährleistet werden können ohne, dass dabei die Rechte der weiblichen Mitglieder
- 5 innerhalb der Partei eingeschränkt werden. Die Debatte soll auf der Bundesebene und in
- 6 allen Landesverbänden unter Einbeziehung der Mitgliedschaft in geeigneten Formaten geführt
- 7 werden. An dem Debattenprozess sind die Bundesarbeitsgemeinschaften und
- 8 Landesarbeitsgemeinschaften von LiSA und von Die Linke Queer angemessen zu beteiligen.

Begründung

In verschiedenen Gliederungen unserer Partei melden sich queere Mitglieder zu Wort und fordern eine eigene Repräsentation ein. Es werden Ansprüche formuliert, die in den Satzungen der Partei und ihrer Landesverbände verankerten Frauenplena in sog. FLINTA-Plena umzufunktionieren, zu denen auch nicht weibliche Personen Zugang haben sollen. Begründet werden diese Ansprüche mit der besonderen Verletzlichkeit auch nicht weiblicher FLINTAS. Gleichzeitig gibt es bereits eine Reihe von nonbinären Mitgliedern, die auf quotierten Plätzen ein Amt oder ein Mandat errungen haben, obwohl dem die Satzung entgegensteht.

Wir unterstützen alle queeren Genoss*innen dabei, in der Partei sichtbar zu werden und eigene Rechte zu erstreiten. Im Rahmen einer innerparteilichen Debatte wollen wir ausloten, wie diese Ansprüche verwirklicht werden können, ohne dass die Rechte der weiblichen Mitglieder, die bekanntlich keine Minderheitenrechte darstellen, geschmälert werden.

Antrag P.06: Kritische Reflexion der Geschlechtergerechtigkeit in der Partei

Antragsteller*in: KV Münster, Kathrin Gebel (Saarland), Cansin Köktürk (Nordrhein-Westfalen · Nr. 263), Isabella Maria Wolbart (Jugendverband · Nr. 559) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Kritische Reflexion der Geschlechtergerechtigkeit in der Partei**
- 2 Gemeinsame Räume haben in der feministischen Bewegung eine lange Tradition und große
- 3 Bedeutung. Sie entstanden aus dem Wunsch heraus, Räume zu schaffen, die möglichst frei von
- 4 Herrschaftsstrukturen und Machtungleichheiten sind. Manche verstehen sie als politisches
- 5 Instrument, manche als Schutzraum. Vor allem in den ostdeutschen Teilen unserer Partei
- 6 waren solche Räume für Frauen selbstverständlich, in anderen vor allem westdeutschen
- 7 Teilen mussten sie hart erkämpft werden.

8 So wie unsere Partei sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat, hat sich auch unser
9 Kenntnisstand und unsere Betrachtungsweise des Themenfeldes Geschlecht verändert.

10 In unserer Partei genießt die Beteiligung von Frauen an der innerparteilichen
11 Willensbildung einen besonderen Schutz. Zurecht – sind sie doch eine Mehrheit in der
12 Gesellschaft, die nicht gleich an der Machtverteilung beteiligt ist. Für sie ist in Form
13 des Frauenplenums auch ein besonderer Raum auf unseren Parteitagen geschaffen.

14 Unsere Satzung sieht die Verhinderung von Diskriminierung jeglicher Art als Grundpfeiler
15 unseres politischen Handelns vor. Bisher unberücksichtigt sind dort geschlechtliche
16 Minderheiten wie non-binäre, intergeschlechtliche oder ageschlechtliche Personen.

17 Vielerorts, wie auch in unserem Jugendverband Linksjugend[‘solid], wurden Frauenplena
18 kurzerhand zu FLINTA-Plena geöffnet, um diesem Grundpfeiler gerecht zu werden. FLINTA
19 steht als Abkürzung für Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Non-binäre, Transidente und
20 ageschlechtliche Personen.

21 Die Gegenüberstellung von Frauenplena und FLINTA-Plena hat viel Debatten ausgelöst und
22 einen lange historisch gewachsenen Hintergrund in der feministischen Bewegung. Sowohl
23 einige feministische Frauen als auch einige feministische non-binäre Menschen üben Kritik
24 am FLINTA-Begriff.

25 Das Vorgehen bringt sowohl neue Möglichkeiten und Grenzen, macht aber auch neue
26 Spannungsfelder auf.

27 Gemeinsam wollen wir, die sich im FLINTA-Begriff vertreten sehen, eine Debatte führen.
28 Gegenstand dieser Debatte soll sein, ob wir eine Satzungsänderung anstreben, die die
29 Frauenplena in FLINTA-Plena erweitert. Dabei wollen wir uns mit der Entstehung und
30 Geschichte von gemeinsamen Räumen für feministische Diskurse befassen und uns mit
31 verschiedenen Positionen zu dem Thema auseinandersetzen. Wir wollen diese Debatte als
32 Beginn eines gemeinsamen Prozesses verstehen. Es ist dabei unser Ziel, alle Perspektiven
33 und Positionen in die Entscheidung einfließen zu lassen und zu einer möglichst
34 konsensualen Lösung zu kommen.

35 Wir fordern den Parteivorstand dazu auf, den Mitgliedern in Zusammenarbeit mit der
36 Feministischen Kommission die Debatte zu ermöglichen und sie organisatorisch zu
37 unterstützen.

weitere Antragstellende

Delegierte:

Tim Roschig (Linksjugend [‘solid]), Sarah Niedrich (Die Linke.SDS), Vera Baryshnikov (Linksjugend [‘solid]), Lea Stupan (KV Münster), Max Glagla (KV Münster), Mersedeh Ghazaei (KV Stuttgart), Mia Roost (Die Linke.SDS), Gabriel Rücker (KV Magdeburg), Elias Käfer (KV Harz), Sofia Leonidaikis (LV Bremen), Marie Lampe (KV Paderborn), Holger Drewer (KV Paderborn), Victor Sherazee (Linksjugend [‘solid]), Emma Böcker (Linksjugend [‘solid]), Ellie Marie van Look (KV Essen), Sophia Spargel (Linksjugend [‘solid]), Dasha Domscheit (Linksjugend [‘solid]), Lisa Pfitzmann (Linksjugend [‘solid]), Lena Güngör (KV Jena), Dennis Sabisch (Linksjugend [‘solid]), Ruby Cichon (KV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Iris Burdinsky (KV Potsdam),
Lena Bär (Linksjugend [‘solid])

weitere:

Kathrin Gebel (Delegierte mit beratender Stimme), Nina Eumann (Delegierte mit beratender Stimme), Tamara Mazzi (Delegierte mit beratender Stimme), Lea Reisner (Delegierte mit beratender Stimme), Charlotte Neuhäuser (Delegierte mit beratender Stimme), Theodora Goia (KV Heidelberg/BB), Donata Vogtschmidt (Delegierte mit beratender Stimme)

Antrag P.07: Umwelt- und Klimaschutz bleiben eine der größten Menschheitsaufgaben und sollten auf unseren öffentlichen Auftritten als Schwerpunkt sichtbar sein.

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Umwelt- und Klimaschutz bleiben eine der größten Menschheitsaufgaben und sollten auf**
- 2 **unseren öffentlichen Auftritten als Schwerpunkt sichtbar sein.**
- 3 1) Auf der Startseite des Webauftritts der Partei (<https://www.die-linke.de/start/>) "Die
- 4 Linke: Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit: Die Linke" wird die Aufzählung der
- 5 Schwerpunkte unter dem Button "Themen" wieder und dauerhaft ergänzt um "Umwelt/Klima "
- 6 oder „Umwelt“ und „Klima“.
- 7 2) Auf der Folgeseite <https://www.die-linke.de/themen/> wird "Klimaschutz" korrigiert in
- 8 „Umwelt“ und „Klima“.

Begründung

Zu 1) Wer die Webseite anschaut, könnte annehmen, dass Die Linke elementare Herausforderungen und Zusammenhänge unserer Zeit nicht verstanden hat oder sie hierzu nichts sagen kann. Manche mögen sich in dem Vorurteil bestätigt sehen, dass Die Linke hier nichts zu sagen hat (vergleiche auch die geringen Kompetenzzuschreibungen in den Wähleranalysen). Dies alles trifft aber auf die Mehrheit der Partei glücklicherweise nicht zu. In unserer Partei sind viele ökologisch orientierte Mitglieder aktiv, denen bewusst ist, dass der Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit nur Sinn hat, wenn die Existenzgrundlagen der Menschheit bestehen bleiben. Wir haben außerdem in den letzten Jahren gute Programme entwickelt, ob in Partei, Fraktion oder Stiftung. Auch in unserer Wählerschaft spielen die Themen Klimaschutz und Biodiversität eine große Rolle. In der Programmatik der Partei kommt dem sozial-ökologischen Umbau hohe Priorität zu. Die Partei ist in ihrer Praxis weiter als die Startseite kommuniziert. Das bedarf einer dauerhaften Änderung um kein Missverständnis bezüglich unseres Profils aufkommen zu lassen.

Darüber hinaus muss kommuniziert werden, dass es sich bei diesen Themen neben der Friedensfrage um die größten Bedrohungen für die menschliche Zivilisation handelt. Die in Umwelt und beim Klima lauenden Gefahren allein machen sie zu Themen, die wir immer weit oben adressieren müssen, egal wie Taktik oder Demoskopie gerade gestimmt zu sein scheinen.

Zu 2) Wir dürfen bei aller Zentralität der Debatte um den Klimaschutz nicht vergessen, dass der Umweltschutz ebensolche horrenden Auswirkungen im Rucksack hat. Deshalb muss dieser auf unseren Seiten ebenfalls eine Rolle spielen, weil leergefischte Meere, degradierte Böden, abgeholzte Wälder leider keinen Menschen ernähren können.

zu 1) Wer die Webseite anschaut, könnte annehmen, dass Die Linke elementare Herausforderungen und Zusammenhänge unserer Zeit nicht verstanden hat oder sie hierzu nichts sagen kann. Manche

mögen sich in dem Vorurteil bestätigt sehen, dass Die Linke hier nichts zu sagen hat (vergleiche auch die geringen Kompetenzzuschreibungen in den Wähleranalysen). Dies alles trifft aber auf die Mehrheit der Partei glücklicherweise nicht zu. In unserer Partei sind viele ökologisch orientierte Mitglieder aktiv sind, denen bewusst ist, dass der Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit nur Sinn hat, wenn die Existenzgrundlagen der Menschheit bestehen bleiben. Wir haben außerdem in den letzten Jahren gute Programme entwickelt, ob in Partei, Fraktion oder Stiftung. Auch in unserer Wählerschaft spielen die Themen Klimaschutz und Biodiversität eine große Rolle. In der Programmatik der Partei kommt dem sozial-ökologischen Umbau hohe Priorität zu. Die Partei ist in ihrer Praxis weiter als die Startseite kommuniziert. Das bedarf einer dauerhaften Änderung um kein Missverständnis bezüglich unseres Profils aufkommen zu lassen.

Darüber hinaus muss kommuniziert werden, dass es sich bei diesen Themen neben der Friedensfrage um die größten Bedrohungen für die menschliche Zivilisation handelt. Die in Umwelt und beim Klima lauenden Gefahren allein machen sie zu Themen, die wir immer weit oben adressieren müssen, egal wie Taktik oder Demoskopie gerade gestimmt zu sein scheinen.

Zu 2) Wir dürfen bei aller Zentralität der Debatte um den Klimaschutz nicht vergessen, dass der Umweltschutz ebensolche horrenden Auswirkungen im Rucksack hat. Deshalb muss dieser auf unseren Seiten ebenfalls eine Rolle spielen weil leergefischte Meere, degradierte Böden, abgeholzte Wälder leider keinen Menschen ernähren können.

Antrag P.08: Die Linke steht für Frieden und Abrüstung

Antragsteller*in:

BAG Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke steht für Frieden und Abrüstung
- 2 Der Parteitag
- 3 • unterstützt den Beschluss des Parteivorstands vom 20. März 2025/270 (Ablehnung
- 4 Finanzpaket: Die Linke),
- 5 • dankt der Gruppe Die Linke im Deutschen Bundestag für ihre klare Ablehnung dieses
- 6 Pakets und ihre Mobilisierung zu vielseitigen Protesten gegen das Finanzpaket,
- 7 • missbilligt und kritisiert entschieden das Verhalten der Regierungsmitglieder mit dem
- 8 Mandat der Landesverbände Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat. Sie haben
- 9 der Glaubwürdigkeit der Bundespartei Die Linke ernsthaft geschadet.

Begründung

Die Linke ist in den Bundestagswahlkampf mit dem Versprechen eingetreten, mehr Geld für Aufrüstung abzulehnen und sich dafür zu engagieren, dass die Bundeswehr zu einer reinen Verteidigungsarmee umgebaut wird. Nach dem Wahlerfolg vom 23. Februar hat Die Gruppe Die Linke geschlossen im Bundestag entsprechend gehandelt. Der Parteivorstand hat die Regierungsmitglieder der Landesverbände Bremen und Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert, die realen Anforderungen der Landespolitik und ihre Rolle für die Glaubwürdigkeit verantwortungsvoll abzuwägen. Mit ihrem „Ja zum Finanzpaket“ haben sie das „Nein“ der Bundespartei im Bundestag relativiert und das Wahlversprechen unserer Partei anzweifeln lassen.

Antrag P.09: Angepasste Mitgliedsbeiträge für mehr Beteiligung

Antragsteller*in: KV Köln

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Angepasste Mitgliedsbeiträge für mehr Beteiligung**
- 2 Die Mitgliedsbeiträge sollen in Anlehnung an die Gewerkschaftsbeiträge 1 % des
- 3 Bruttoeinkommens betragen.

Begründung

Viele Neumitglieder oder Interessent*innen schrecken die hohen Mitgliedsbeiträge ab. Bei unseren Kennenlernabenden und Neumitgliedertreffen werden wir regelmäßig auf die hohen Beiträge angesprochen, viele hält dies vom Eintritt in Die Linke ab. Im Vergleich zu anderen Parteien sind unsere Mitgliedsbeiträge sehr hoch. Gerade als eine Partei, die sich für Menschen einsetzt, die wenig Geld haben, ist das sehr kontraproduktiv und wenig glaubwürdig. Daher wäre eine Anpassung der Mitgliedsbeiträge sehr sinnvoll und würde zu mehr Beitragsehrlichkeit führen.

Antrag P.10: Weniger schlechte Leben im Falschen: Nachhaltiger, lokaler und solidarischer

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform, Marcus Otto (Berlin · Nr. 370), Edith Bartelmus-Scholich (Nordrhein-Westfalen · Nr. 024), Tobias Lechner (Berlin · Nr. 301) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Weniger schlechte Leben im Falschen: Nachhaltiger, lokaler und solidarischer**
- 2 Die Linke kämpft für eine gerechte Welt. Im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten
- 3 übernimmt sie die Verantwortung im Hier und Jetzt, denn sie ist nicht einfach nur ein Rad
- 4 in der kapitalistischen Profitmaschine. Die Partei ist innerhalb von wenigen Monaten enorm
- 5 gewachsen. Schon lange stellen wir uns gegen Großkonzerne wie Amazon und erklären
- 6 internationale Solidarität. Es darf allerdings nicht bei Slogans und Erklärungen bleiben.
- 7 Wir sind nicht irgendein Individuum im Kapitalismus und müssen deshalb Verantwortung für
- 8 den Konsum der Partei übernehmen. Wir sind jetzt über 100.000 Mitglieder stark. Die Zeiten
- 9 müssen vorbei sein, in denen wir Coca Cola und Nestle für ihre Praktiken an den Pranger
- 10 stellen und gleichzeitig selbst auch auf Veranstaltungen etc. deren Geschäftsmodell am
- 11 Laufen halten. In einer Welt, in der Milliardäre wie Bezos, Musk und Zuckerberg regieren,
- 12 müssen wir uns gegenseitig stärker unterstützen, alternative Strukturen erhalten und neue
- 13 schaffen. Wir zeigen in Wort und Tat, dass wir unsere Werte und Programme auch mit unserer
- 14 Praxis in Einklang bringen.
- 15 Dafür geben wir uns selbst Leitlinien, die wir stetig weiterentwickeln, um sowohl lokal
- 16 als auch international solidarisch zu handeln.
- 17 D.h. bei Anschaffungen, Räumlichkeiten, Verpflegung etc. für die Partei soll ab jetzt
- 18 gelten:
- 19 • Wir suchen bevorzugt lokal.

- 20 • Wir schließen Partnerschaften mit gemeinnützigen Organisationen vor Ort und überall.
 - 21 • Wir bevorzugen diejenigen Unternehmen, die sozialversicherungspflichtige und
22 tariflich bezahlte Beschäftigung gewährleisten und vermeiden Produkte die
23 möglicherweise auf sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen beruhen.
 - 24 • Wir stellen sicher, dass es bei unseren Veranstaltungen immer eine bezahlbare Option
25 zum Essen für alle gibt.
 - 26 • Wir achten auf ökologische Standards (z.B. Blauer Engel, Biosiegel).
 - 27 • Wir vermeiden Müll und Verschwendung weitestgehend, kaufen bevorzugt unverpackt.
28 verzichten auf "billige" Werbemittel zum Wegwerfen.
 - 29 • Wir suchen gezielt hohe Tierschutzstandards und kaufen keine Produkte aus
30 tierquälerischer Massentierhaltung.
 - 31 • Wir bringen unsere praktischen Entscheidungen als Partei immer mehr in Einklang mit
32 unserem eigenen Programm.
 - 33 • Wir arbeiten, wohlwissentlich dass es das richtige Leben im falschen System nicht
34 gibt, stetig an unserer Praxis weiter.
- 35 Wir wissen, dass in einer Überflusgesellschaft zwar alles irgendwo vorhanden ist, unsere
36 Werte aber über dem blinden Konsum stehen müssen. Deshalb fragen wir uns bei jeder
37 Anschaffung, die nicht unseren Werten entspricht, ob sie sein muss. Die Stärke einer
38 Linken ist es zwischen Sachzwängen (also Bedarf) und vom Kapitalismus geschaffenen
39 Wünschen unterscheiden zu können. Um eine Welt zu ändern, gehen wir mit gutem Beispiel
40 voran.

Begründung

Solidarisches Handeln bedeutet langfristige Kooperationen und Netzwerke aufzubauen, die unserem Anspruch an faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und ökologischer Nachhaltigkeit mehr entsprechen. Es ist Zeit, dass wir uns noch mehr in unserer Nachbarschaft umsehen, lokale Anbieter*innen und Gemeinschaftsprojekte auch im Einkauf unterstützen. Bildet Banden muss auch heißen, lokal mit hohen Standards zu konsumieren und vor Ort gemeinsam mit Handel und Vertrieb Strukturen zu erhalten. Links ist Mitgefühl, Empathie und Inklusion. Wir versuchen Rücksicht auf andere Weltanschauungen zu nehmen, aber mindestens Respekt zu zeigen. Muslim* und Veganer*innen beispielsweise sind nicht nur feste Bestandteile Deutschlands, sondern auch unsere Genoss*innen und Wähler*innen. Es sollte auf unseren Veranstaltungen auch für diese etwas zu essen geben.

Viele Beispiele vom Miteinander vor Ort gibt es bereits. Wir wollen als Partei so konsumieren, dass es die lokalen Wirtschaftsbeziehungen stärkt und denjenigen die Hand reichen, die mit uns für eine andere Welt eintreten.

Unsere Forderungen an die Politik, die Werte aus unseren Wahlprogrammen, werden von uns gelebt. Da wo wir es entscheiden können, übernehmen wir Verantwortung für fairere Arbeit, für ein bißchen weniger Tierquälerei, weniger Umweltzerstörung und für den Erhalt von Strukturen vor Ort. Nur wenn wir Theorie und Praxis in Einklang bringen, sind wir langfristig glaubwürdig und können wirklich einen Unterschied machen.

weitere Antragstellende

Didem Aydurmus (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Fabian Fahl MdB (KV Aachen), Özkan Kizilkan

(Charlottenburg-Wilmersdorf), Henry Küper (Hamburg- Altona) , Sara Wesselmann (Charlottenburg-Wilmersdorf)

Antrag P.11: Keine Partei für die, sondern der arbeitenden Klasse

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Keine Partei für die, sondern der arbeitenden Klasse**

2 Die Partei Die Linke setzt sich für eine stärkere Repräsentation von Arbeiter:innen in den
3 Parlamenten ein. Der Bundesparteitag fordert den Parteivorstand daher auf, bis zum
4 nächsten Bundesparteitag, Maßnahmen zur gezielten Unterstützung von Menschen aus der
5 Arbeiter:innenklasse beim Zugang zu politischen Ämtern zu ergreifen.

6 Der Parteivorstand wird dazu beauftragt, folgende konkrete Maßnahmen zu ergreifen:

- 7 • **Analyse bestehender Modelle:** Der Parteivorstand analysiert nationale und
8 internationale Beispiele zur Förderung von Arbeiter:innen beim Zugang zu politischen
9 Ämtern, etwa die Arbeiter:innenquote der Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PVDA).
- 10 • **Erarbeitung eines Quotenmodells:** Der Parteivorstand erarbeitet auf der Grundlage der
11 Analyse ein eigenes Modell der Arbeiter:innenquote für Kandidat:innenlisten zur
12 Bundestagswahl. Der Parteivorstand legt dabei klare und praktikable Kriterien für die
13 Definition von „Arbeiter:in“ vor, die über die bloße Stellung als abhängig
14 Beschäftigte:r bzw. Lohnabhängige:r hinausgehen. Denkbare Kriterien sind etwa
15 formeller Bildungsgrad und berufs- sowie qualifikationstypisches Einkommen. Für die
16 Umsetzung soll ein Zeitplan vorgelegt werden, die die Maßnahmen und Ziele bis zur
17 ersten Umsetzung der Quote zur Bundestagswahl 2029 festlegt.
- 18 • **Ausarbeitung eines satzungsändernden Antrags:** Der Parteivorstand erarbeitet einen
19 konkreten Vorschlag zur Änderung der Parteisatzung, der die Arbeiter:innenquote
20 verbindlich festlegt und stellt diesen an den nächsten Bundesparteitag.
- 21 • **Entwicklung von Förderstrukturen:** Der Parteivorstand erarbeitet darüber hinaus
22 Maßnahmen zur gezielten Förderung von Menschen aus der Arbeiter:innenklasse innerhalb
23 der Partei, wie zum Beispiel ein Mentoring-Programm.

Begründung

Die Linke versteht sich als Partei der arbeitenden Klasse und der sozial Benachteiligten. Menschen aus der Arbeiter:innenklasse sind aber – auch unter Abgeordneten der Linken – in Parlamenten massiv unterrepräsentiert. Dies hat konkrete politische Folgen: Der Deutsche Bundestag entscheidet insbesondere in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen häufig zugunsten der oberen Einkommensschichten. Der Fachaufsatz „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“ der Wissenschaftler:innen Lea Elsässer, Svenja Hense und Armin Schäfer zeigt, dass parlamentarische Entscheidungen sich weitgehend an den Präferenzen des oberen Einkommenszehntels orientieren, während gegen die Interessen insbesondere der unteren Einkommensgruppen entschieden wird. Dies untergräbt die Demokratie und verstärkt soziale Ungleichheit.

Ein Faktor für diese Verzerrung ist die soziale Zusammensetzung des Bundestags. Während die Akademikerquote in Deutschland nur rund 20% beträgt, liegt sie im Bundestag bei ca. 85 bis 90%. Die arbeitende Bevölkerung, insbesondere jene ohne akademischen Abschluss, findet kaum politische Repräsentation. Diese strukturelle Schiefelage sorgt dafür, dass soziale Perspektiven, die die Mehrheit der Gesellschaft betreffen, nicht ausreichend in den parlamentarischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Dieser Effekt zeigt sich nicht bloß in den Parlamenten, sondern auch auf der Ebene der einzelnen Parteien. So schlug sich die Entwicklung der SPD von einer Arbeiter:innenpartei zu einer sogenannten Volkspartei nicht bloß in Änderungen des Parteiprogramms nieder, sondern auch in Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Abgeordneten und der Parteifunktionär:innen. Während die SPD sich zunehmend neoliberalen Positionen annäherte, nahm parallel die Zahl der Abgeordneten mit akademischem Hintergrund zu – auf Kosten der Repräsentation von Arbeiter:innen. Um zu verhindern, dass Die Linke einen ähnlichen Weg einschlägt, braucht es gezielte Maßnahmen, um Menschen aus der Arbeiter:innenklasse systematisch in politische Ämter zu bringen.

Damit soll keinesfalls gesagt sein, dass die ungleiche soziale Zusammensetzung der Parlamente der einzige Grund sei, warum der Bundestag systematisch gegen die Interessen der Arbeiter:innenklasse entscheidet. Die neoliberale und pro-kapitalistische Hegemonie besteht – mit Antonio Gramsci gesprochen – aus einer „robusten Kette von Festungen und Kasematten“, die weit über die personelle Besetzung von Parlamenten hinausreicht. Diese Hegemonie stützt sich etwa auf (teilweisen) zivilgesellschaftlichen Konsens sowie auf die Macht der Unternehmen und Finanzmärkte. Eine Arbeiter:innenquote kann diese strukturellen Zwänge nicht allein aufbrechen, aber sie ist ein wichtiger Hebel, um parlamentarische Gegenmacht aufzubauen und neoliberale Dominanz in Frage zu stellen.

Darüber hinaus stärkt eine stärkere Repräsentation von Arbeiter:innen in den Parlamenten die Identifikation von Wähler:innen aus der arbeitenden Klasse mit der Partei Die Linke. Dies kann nicht nur den Charakter der Partei als Arbeiter:innenpartei festigen, sondern ihr auch zu Wahlerfolgen verhelfen. Eine glaubwürdige Vertretung der Interessen der arbeitenden Klasse setzt voraus, dass diese nicht nur Gegenstand politischer Programme ist, sondern auch aktiv an parlamentarischen Entscheidungen beteiligt ist.

Eine Arbeiter:innenquote wirkt außerdem oligarchischen Tendenzen innerhalb der Partei entgegen, wie sie der Soziologe Robert Michels in „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ allgemein für moderne Organisationen beschrieben hat. Michels argumentiert, dass Organisationen dazu neigen, eine zunehmend abgeschottete Führungsschicht auszubilden, die sich von der Basis entfremdet. Indem regelmäßig Arbeiter:innen statt Berufspolitiker:innen in die Parlamente einziehen, wird dieser Prozess durchbrochen und die Partei bleibt verwurzelt in den Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Zwar hat die Bundestagsfraktion mit der letzten Bundestagswahl erfreulicherweise überdurchschnittlich viele Abgeordnete gewonnen, die direkt aus dem Betrieb ins Parlament gekommen sind. Allerdings ist dies nicht das Ergebnis einer gezielten Strategie, sondern vielmehr ein Zufall. Faktoren wie der Generationenwechsel in der Partei, der Abgang einiger Abgeordneter zum BSW sowie das unerwartet gute Abschneiden der Partei führten dazu, dass die Fraktion mehr Arbeiter:innen als sonst aufweist. Ohne gezielte Maßnahmen besteht jedoch die Gefahr, dass sich dieser Trend nicht verstetigt und die Fraktion langfristig wieder akademisch geprägt wird.

Eine Arbeiter:innenquote stellt sicher, dass Kandidat:innen aus der Arbeiter:innenklasse nicht durch strukturelle Hürden benachteiligt werden. Ähnliche Konzepte existieren international und sollten als Vorbild dienen, um eine verbindliche und wirkungsvolle Regelung für Die Linke zu erarbeiten.

Allerdings ist die Arbeit mit einer verbindlichen Quote nicht getan. Neben „harten“ Maßnahmen wie einer Quote braucht es „weiche“ Maßnahmen zur Förderung wie bspw. ein Mentoring-Programm.

Mit der Einführung einer Arbeiter:innenquote würde Die Linke ein klares Zeichen setzen: Für eine Politik, die nicht nur für die arbeitende Klasse spricht, sondern auch von ihr gestaltet wird.

Antrag P.12: Parteibeschlüsse binden – Mandate verpflichten!

Antragsteller*in: linksjugend ['solid] und Die Linke.SDS

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Parteibeschlüsse binden – Mandate verpflichten!**

2 Das Finanzpaket von CDU/CSU, SPD und Grünen zur Aussetzung der Schuldenbremse für
3 Rüstungsausgaben und zur Bereitstellung eines 500-Milliarden-Euro-Investitionsprogramms
4 für Infrastruktur und Klimaschutz wurde von Bundestag und Bundesrat beschlossen und tritt
5 nun in Kraft.

6 Wir als Linke haben diesen Antrag entschieden abgelehnt und die Befassung durch den alten
7 Bundestag scharf kritisiert. Wir wollen die Abschaffung der Schuldenbremse für Bund und
8 Länder und die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer zur Finanzierung der
9 notwendigen Investitionen. Ausnahmen und Sonderregelungen für Rüstungsausgaben lehnen
10 wir ab. Daher haben sich sowohl der Parteivorstand als auch zahlreiche Landesvorstände –
11 darunter auch die Vorstände der Landesverbände Bremen und Mecklenburg-Vorpommern –
12 gegen eine Zustimmung unserer Ministerinnen und Senatorinnen ausgesprochen und
13 stattdessen für eine Enthaltung ihrer Länder im Bundesrat plädiert.

14 Leider haben sich die linken Ministerinnen und Senatorinnen aufgrund der im Finanzpaket
15 enthaltenen 100 Milliarden Euro für die Länder für das Finanzpaket und damit gegen den
16 Willen der Landesvorstände und des Parteivorstandes entschieden. Mit dieser Entscheidung
17 verkennen sie klar ihre Verantwortung gegenüber unserer Partei und ihren Wähler:innen,
18 welche sie in den Landesregierungen vertreten. Als Partei haben wir in den vergangenen
19 Jahren und Monaten intensiv um unsere Glaubwürdigkeit in unseren Kernthemen gerungen. Eine
20 Abstimmung entgegen der Bundestagsfraktion, der Beschlüsse der Landesvorstände, des
21 Parteivorstands sowie der Parteitage, des Partei- und Wahlprogramms untergräbt diese
22 Glaubwürdigkeit erneut. Entscheidungen, die gegen den Willen der Mitgliedschaft und den
23 gemeinsamen Parteikonsens getroffen werden, schwächen unsere Schlagkraft. Gerade
24 Genoss:innen, die in Ämtern und Mandaten Verantwortung für unsere Partei tragen, stehen in
25 besonderer Pflicht. Dafür bedarf es eines stabilen Vertrauensverhältnisses und einer
26 verbindlichen Zusammenarbeit zwischen allen Akteur:innen. Dieses Vertrauen ist mit den
27 Genossinnen der beiden Landesregierungen bedauerlicherweise zerbrochen.

28 Deswegen fordert der Parteitag die Ministerinnen und Senatorinnen der Partei Die Linke in
29 den Landesregierungen Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zum Rücktritt von ihren Ämtern
30 auf.

31 Die Situation macht deutlich: Es braucht eine innerparteiliche Auseinandersetzung darüber,
32 welche Rolle und Aufgabe wir als Linke im Parlament einnehmen. Darüber hinaus müssen wir
33 uns mit der Frage unserer Beteiligung an Regierungen grundlegend beschäftigen. Ziel ist
34 es, auf dieser Grundlage ein strategisch abgestimmtes Verfahren zu entwickeln.

35 Der Parteivorstand wird beauftragt, eine innerparteiliche Debatte zu organisieren und dem

Begründung

Amts- und Mandatsträger:innen haben eine besondere Verantwortung gegenüber der Partei. Der Parteivorstand, etliche Landesvorstände und unzählige Mitglieder haben sich an die Ministerinnen und Senatorinnen gewandt und solidarisch gebeten, bei der Bundesratsabstimmung zum Sondervermögen und der Reform der Schuldenbremse zugunsten unbeschränkter Aufrüstungs eine Enthaltung der Bremer und mecklenburg-vorpommerischen Landesregierungen zu ermöglichen.

In einer demokratisch-sozialistischen Mitgliederpartei sollten sich alle Mitglieder, besonders aber Amts- und Mandatsträger:innen sich den Beschlüssen und Erklärungen der Partei verpflichtet fühlen. Insbesondere Amts- und Mandatsträger:innen, die unsere Partei in Parlamenten repräsentieren, kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Die Rücktrittsforderung ist kein einfacher Schritt. Wir erachten sie aus zwei Gründen für notwendig:

1. Es braucht eine innerparteiliche Auseinandersetzung mit dem Vorfall. Leider hat der Parteivorstand in seinem Beschluss keine zufriedenstellende Verurteilung des Vorgehens der Ministerinnen und Senatorinnen vorgenommen. Daher halten wir eine weiterführende Debatte auf dem Parteitag für notwendig.
2. Die betreffenden Personen haben offenkundig entgegen den Interessen der Partei gehandelt. Ihr Abstimmungsverhalten stand im Widerspruch zu den Positionen der Landesparteien und des Parteivorstands. Mit einem Mandat der Linken geht auch eine Verantwortung gegenüber der Partei einher. Wer dieses Verhältnis einseitig aufkündigt, stellt seine Eignung für eine zukünftige Vertretung der Partei in den Landesregierungen in Frage. Wir sind nicht einfach ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, sondern eine Partei.

Lasst uns auf dem Bundesparteitag solidarisch miteinander diskutieren, wie wir, als Partei, mit der Situation umgehen wollen. Lasst uns zeigen, dass wir einen produktiven Umgang damit finden. Seit dem Bruch mit dem BSW haben wir uns zusammengerauft und uns auf Formen solidarischer Kritik und Umgang geeinigt. In kürzester Zeit haben wir gemeinsam ein überragendes Ergebnis zur Bundestagswahl erreicht und konnten teilweise das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht verspielen. Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Genossinnen hat das Potenzial, uns wieder zu spalten. Damit das nicht passiert, müssen wir uns als Partei aktiv damit auseinandersetzen. Die Debatte auf dem Parteitag kann nur der Anfang sein.

Hinter dem Verhalten der linken Regierungsmitglieder liegt die Frage nach der Bedingung von Regierungsbeteiligung. Diese Grundsatzfrage ist seit Jahren unbearbeitet und führte schon in Vergangenheit zu Konflikten. Wollen wir uns an einer Landes- oder Bundesregierung beteiligen? Unter welchen Bedingungen wollen wir uns beteiligen? Was wollen wir in einer Regierung erreichen und was können wir überhaupt erreichen? Welche Zwänge wirken Regierungsbeteiligung auf die Partei aus? Darüber müssen wir diskutieren und eine gemeinsame Basis finden. Das zu konzeptionalisieren ist Aufgabe des Parteivorstandes, die Umsetzung liegt bei uns allen.

Antrag S.01: Delegierte mit beratender Stimme für die Vorstände des Jugendverbands

Antragsteller*in: linksjugend ['solid] und Die Linke.SDS

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Ursprungstext:**

2 Bundessatzung

3 § 16 Zusammensetzung und Wahl des Parteitages

4 (11) Dem Parteitag gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder der anderen

5 Bundesorgane sowie die Mitglieder des Bundesfinanzrates, der Bundesschieds- und der

6 Bundesfinanzrevisionskommission, die Mitglieder in den Organen der Europäischen Linken

7 (EL) sowie die Abgeordneten der Partei im Europäischen Parlament und im Deutschen

8 Bundestag an.

9 **Ergänzung:**

10 Bundessatzung

11 § 16 Zusammensetzung und Wahl des Parteitages

12 (11) Dem Parteitag gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder der anderen

13 Bundesorgane sowie die Mitglieder des Bundesfinanzrates, der Bundesschieds- und der

14 Bundesfinanzrevisionskommission, **die Mitglieder der Bundesvorstände und die**

15 **Geschäftsführungen der anerkannten Jugend- und Hochschulverbände**, die Mitglieder in den

16 Organen der Europäischen Linken (EL) sowie die Abgeordneten der Partei im Europäischen

17 Parlament und im Deutschen Bundestag an.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag WO.01: § 6a Wahlordnung: Alternatives Wahlverfahren

Antragsteller*in: KV Nürnberg Stadt und Land

Der Parteitag möge beschließen:

1 In der Wahlordnung wird nach § 6 folgender § 6a „Alternatives Wahlverfahren“ eingefügt:

2 „(1) Die Versammlung kann zur Sicherstellung der Geschlechterquotierung (§ 10 Abs. 4

3 Bundessatzung), abweichend zu § 6 Abs. 2 und 3 festlegen, dass gleiche Parteiämter und

4 Mandate in einem Wahlgang gewählt werden.

5 (2) Bei der Ermittlung der Gewählten, werden zunächst die Frauen zustehenden Mindestplätze

6 (§ 10 Abs. 4 Bundessatzung) verteilt. Dazu werden die dem Frauen zustehenden Mindestplätze

7 mit Frauen, welche die erforderliche Mehrheit erreicht haben, in der Reihenfolge der

8 jeweils höchsten auf sie entfallenden Ja-Stimmenzahlen besetzt.

9 (3) Nach der Verteilung der Mindestplätze für Frauen nach Absatz 2 erfolgt die Verteilung

10 der weiteren Plätze. Die weiteren Plätze werden mit Bewerber*innen, welche die

11 erforderliche Mehrheit erreicht haben, unabhängig von ihrem Geschlecht, in der Reihenfolge

12 der jeweils höchsten auf sie entfallenden Ja-Stimmenzahlen besetzt.

- 13 (4) Ist nach einem Wahlgang nach Abs. 1 die satzungsgemäße Geschlechterquotierung nicht
14 erfüllt, obwohl mehr Frauen zur Wahl standen als gewählt wurden, ist eine Stichwahl gem. §
15 12 Abs. 2 unter den nicht gewählten Frauen durchzuführen.
16 (5) Die Absätze 1 bis 4 finden keine Anwendung bei der unmittelbaren Aufstellung von
17 Bewerber*innen zu öffentlichen Wahlen."

Begründung

Der Antrag zur Einführung des § 6a „Alternatives Wahlverfahren“ in die Wahlordnung zielt darauf ab, die Geschlechterquotierung gemäß § 10 Abs. 4 der Bundessatzung sicherzustellen und gleichzeitig den Wahlprozess effizienter und flexibler zu gestalten. Das Verfahren ist hierbei der Sitzverteilung bei Betriebsratswahlen nachgebildet.

- 1. Verringerung der Wahlgänge um die Hälfte:** Durch die Möglichkeit, gleiche Parteiämter und Mandate in einem Wahlgang zu wählen, wird die Anzahl der erforderlichen Wahlgänge erheblich reduziert. Dies führt zu einer deutlichen Zeitersparnis und einer effizienteren Durchführung von Versammlungen und Wahlen.
- 2. Höhere Wahrscheinlichkeit, dass mehr Frauen gewählt werden:** Das alternative Wahlverfahren erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass mehr Frauen gewählt werden, als durch die Quotierung vorgeschrieben ist. Bei getrennten Wahlgängen besteht eine weitere Hürde, dass sich Frauen aktiv dazu entscheiden müssen auf der gemischten Liste sich weiter zu bewerben. Durch die gemeinsame Wahl wird sichergestellt, dass Frauen, die die erforderliche Mehrheit erreichen, bevorzugt berücksichtigt werden.
- 3. Optionales Verfahren:** Das vorgeschlagene Verfahren bleibt optional und kann von der Versammlung flexibel angewendet werden, wenn dies zur Sicherstellung der Geschlechterquotierung notwendig erscheint. Dies bietet den Versammlungen die Freiheit, das Verfahren je nach Bedarf und Situation einzusetzen.
- 4. Stichwahl bei Nichterfüllung der Geschlechterquote:** Es kann vorkommen, dass nicht genug Frauen im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit (in der Regel 25 %) erreichen. Damit nicht die Quotierung nur wegen der begrenzten Zahl an Stimmen unerfüllt bleibt, ist dann eine Stichwahl durchzuführen. Um dann die Quotierung nicht zu erfüllen, muss sich die Versammlung aktiv und mehrheitlich gegen die Frauen entscheiden.
- 5. Ausnahme bei öffentlichen Wahlen:** Die Regelungen des § 6a finden keine Anwendung bei der Aufstellung von Bewerber*innen zu öffentlichen Wahlen. Dies gewährleistet, dass die spezifischen Anforderungen und Regularien öffentlicher Wahlen unberührt bleiben.

Insgesamt trägt der Antrag zur Einführung des § 6a „Alternatives Wahlverfahren“ dazu bei, die Geschlechtergleichstellung innerhalb der Partei zu fördern, die Effizienz der Wahlprozesse zu steigern und die Transparenz und Fairness der Wahlen zu gewährleisten.

Antrag FO.01: §2 Beitragsordnung

Antragsteller*in: Bundesfinanzrat und Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 2 Abs. 2, Satz 2 wird durch Einfügung von „teilweise oder vollständig“ wie folgt
- 2 gefasst:
- 3 „In begründeten Härtefällen kann ein Mitglied mit Zustimmung des zuständigen
- 4 Gebietsvorstandes bis zu einem Jahr teilweise oder vollständig von der Beitragszahlung
- 5 befreit werden.“

Begründung

Die Einfügung dient der Klarstellung.

Antrag FO.02: §2 Beitragsordnung (2)

Antragsteller*in: Bundesfinanzrat und Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 2 Abs. 3, Satz 5 wird durch Einfügung von „im Monat Mai“ wie folgt gefasst:
- 2 „Die Durchführung der Beitragskassierung wird von der Bundesschatzmeisterin bzw. dem
- 3 Bundesschatzmeister im Zusammenwirken mit den Landesschatzmeisterinnen und
- 4 Landesschatzmeistern im Monat Mai organisiert.“

Begründung

Bei der Organisation der Beitragszahlungen für die Europäische Linke (§ 2 Abs. 3) wird auf dem Monat ihrer Gründung orientiert.

Antrag FO.03: §3 Parteispenden

Antragsteller*in: Bundesfinanzrat und Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 3 Abs. 2 Satz 2 wird durch Einfügung von „auf das Konto der jeweiligen Gliederung zu
- 2 überweisen“ wie folgt gefasst:
- 3 „Für die Entgegennahme, Erfassung und Veröffentlichung von Parteispenden gelten die
- 4 Bestimmungen des Parteiengesetzes. Entgegengenommene Spenden sind unverzüglich auf das
- 5 Konto der jeweiligen Gliederung zu überweisen oder in dessen Kasse einzuzahlen.“

Begründung

Die Einfügung dient der Klarstellung.

Antrag FO.04: §5 Eigenfinanzierung und innerparteilicher Finanzausgleich

Antragsteller*in:

Bundesfinanzrat und Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In § 5 Abs. 3 wird Satz 3 gestrichen:
- 2 „Landesverbände, die ihre notwendigen Ausgaben zur Erfüllung ihrer politischen Aufgaben
- 3 und zur Finanzierung von Organisations- und Personalstrukturen nicht aus eigenen Mitteln
- 4 decken können, erhalten insbesondere aus staatlichen Mitteln finanzielle Zuschüsse. Deren
- 5 Höhe wird jährlich im Rahmen der Finanzplanung durch den Bundesfinanzrat festgelegt.
- 6 ~~Dieser erarbeitet dazu weitere Regelungen, bei denen der weitere Aufbau der Partei in den~~
- 7 ~~alten Bundesländern besonders zu berücksichtigen ist.~~

Begründung

Angesicht der Mitgliederentwicklung in den neuen und alten Bundesländern kann dieser Passus gestrichen werden.

Antrag FO.05: §6 Wahlkampffinanzierung

Antragsteller*in:

Bundesfinanzrat und Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. § 6 Abs. 1 und 2 wird wie folgt gefasst:
- 2 „(1) Aus den jährlichen staatlichen Mitteln für die Landesverbände und den Parteivorstand
- 3 auf der Basis der Wählerstimmen wird ein gemeinsamer Wahlkampffonds beim Parteivorstand
- 4 gebildet. Dieser dient dazu, die Wahlkämpfe der Partei zu ~~Kommunal-,~~ Landtags-,
- 5 Bundestags- und Europawahlen unabhängig vom Zeitpunkt der Wahlen und der bis dahin vom
- 6 jeweiligen Landesverband angesammelten Mittel finanzieren zu können.
- 7 (2) Die Höhe der Zuführungen des Parteivorstands zum gemeinsamen Wahlkampffonds wird im
- 8 Rahmen unter Berücksichtigung Beachtung des notwendigen Finanzbedarfs für die
- 9 bevorstehenden Wahlkämpfe mit der jährlichen Finanzplanung der Landesverbände und des
- 10 Parteivorstandes bestimmt festgelegt. Der Parteivorstand hat mit jahresgleichen
- 11 Einzahlungen mindestens die Entnahme des beschlossenen Europa- und
- 12 Bundestagswahlbudgets
- 13 zu gewährleisten. Die Landesverbände führen die ihnen überwiesenen staatlichen Mittel
- 14 grundsätzlich vollständig dem gemeinsamen Wahlkampffonds zu. Zinserträge aus den
- 14 angesammelten Mitteln werden dem Wahlkampffonds zugeführt.“

Begründung

Die Änderungen sollen die Einzahlungen und die Verwendung des gemeinsamen Wahlkampffonds für Parteivorstand und Landesverbände genauer regeln.

Antrag FO.06: §7 Finanzplanung

Antragsteller*in: Bundesfinanzrat und Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 7 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
- 2 „Auf jeder Gliederungsebene der Partei sind jährlich in Verantwortung der
- 3 Schatzmeisterinnen und Schatzmeister ausbilanzierte Haushaltspläne zu erarbeiten und von
- 4 den Vorständen zu beschließen. Der Finanzplan ~~Die Finanzpläne der Landesverbände und des~~
- 5 ~~Partei Vorstandes sind~~ ist im Bundesfinanzrat zu beraten und danach dem Parteivorstand mit
- 6 einer Stellungnahme zuzuleiten. Der Jahresfinanzplan des Parteivorstandes ist vom
- 7 Bundesausschuss zu bestätigen. Die Finanzpläne der Landesverbände sind nach
- 8 Beschlussfassung dem Parteivorstand zur Kenntnis zu geben. Die Schatzmeisterinnen und
- 9 Schatzmeister sind dafür verantwortlich, die Einhaltung der beschlossenen Finanzpläne zu
- 10 kontrollieren.“

Begründung

Die Diskussion der Finanzpläne der Landesverbände im Bundesfinanzrat hat sich als nicht zweckmäßig herausgestellt. Statt der Diskussion der Finanzpläne im Bundesfinanzrat reicht dessen Kenntnisnahme durch den Parteivorstand aus.

Antrag FO.07: §8 Nachweisführung und Abrechnung der finanziellen Mittel

Antragsteller*in: Bundesfinanzrat und Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 8 wird wie folgt gefasst:
- 2 „(1) Im Parteivorstand, in den Landesvorständen und in den Vorständen der nachgeordneten
- 3 Gebietsverbände besteht die Pflicht zur Buchführung nach den Bestimmungen des
- 4 Parteiengesetzes.
- 5 ~~(2)~~ Entsprechend den Festlegungen im Parteiengesetz ist auf allen Gliederungsebenen der
- 6 Nachweis über die Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Spenden und
- 7 Mandatsträgerbeiträge) und die Zuwenderinnen und Zuwender mit Namen, Vornamen und
- 8 Anschrift zu führen. Die Ersterfassung von personenbezogenen Daten der Zuwenderinnen und
- 9 Zuwender sowie deren Zahlungen soll grundsätzlich in einem gemeinsamen
- 10 Datenverarbeitungssystem (Mitgliederprogramm) erfolgen. Die Bereitstellung des
- 11 Datenverarbeitungssystems erfolgt für alle Gliederungen verbindlich durch die
- 12 Bundesgeschäftsstelle. Durch die Bundesgeschäftsstelle erfolgt in enger Abstimmung mit den
- 13 Landesverbänden die Pflege, Wartung und Entwicklung des Datenverarbeitungssystems.
- 14 (3) Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten und Zuwendungen in anderen
- 15 Datenverarbeitungssystemen zum Zwecke der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz ist
- 16 zulässig, wenn dem Parteivorstand die Einhaltung der einschlägigen datenschutzrechtlichen
- 17 Vorschriften nachgewiesen wird. Die Landesverbände haben in diesem Fall bis zum 15. des

18 Folgemonats die zum jeweiligen Monatsende geleisteten Zahlungen in einem durch die
19 Bundesgeschäftsstelle festgelegten, für Menschen und Maschinen digital lesbaren Format dem
20 Parteivorstand zu übermitteln. Zum Endes des Jahres haben die jeweiligen Gliederungen dem
21 Parteivorstand eine lückenlose Aufstellung aller Einzelzuwendungen je Zuwendenden mit
22 Namen und Anschrift in einem durch die Bundesgeschäftsstelle festgelegten, für Menschen
23 und Maschinen digital lesbaren Format zu übermitteln.

24 (4) Zur Ausstellung von Zuwendungsbescheinigungen sind die Bundesschatzmeisterin bzw. der
25 Bundesschatzmeister, die Landesschatzmeisterinnen und Landesschatzmeister und in deren
26 Auftrag die Finanzverantwortlichen der nachgeordneten Gebietsverbände berechtigt.

27 (52) Zur Eröffnung und Führung von Bankkonten unter dem Namen Partei Die Linke sind der
28 Parteivorstand, die Landesverbände und mit Zustimmung der Landesverbände die Vorstände
29 der nachgeordneten Gebietsverbände berechtigt. Vertretungs- und zeichnungsberechtigt für
30 die Konten sind grundsätzlich jeweils die/der Vorsitzende und die/der
31 Finanzverantwortliche. Kreisverbände haben ergänzend einem Vertreter des Landesvorstandes
32 die Vollmacht über ihre Konten einzuräumen. Im Bankzahlungsverkehr haben immer zwei
33 Zeichnungsberechtigte gemeinsam zu unterzeichnen. Zur Regelung des baren Zahlungsverkehrs
34 erlassen die Vorstände unter Beachtung der Festlegung eines Kassenlimits eigene
35 Kassenordnungen.

36 (64) Die Landesverbände legen jeweils bis zum 30. des Folgemonats ihre
37 Quartalsfinanzabrechnungen (Einnahmen- und Ausgabenrechnung und Vermögensbilanz) dem
38 Parteivorstand vor. Den Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Kalenderjahr reichen die
39 Landesverbände bis zum 31. März an den Parteivorstand ein. Die Gebietsverbände legen ihre
40 Rechenschaftsberichte den Landesverbänden jährlich spätestens bis zum 28. Februar vor. Die
41 Bundesschatzmeisterin bzw. der Bundesschatzmeister sorgt für die fristgerechte Einreichung
42 des testierten Rechenschaftsberichtes der Gesamtpartei an die Präsidentin bzw. den
43 Präsidenten des Deutschen Bundestages.

44 (75) Wenn ein Landesverband oder eine dem Landesverband nachgeordnete Gliederung mit
45 eigenständiger Kassenführung sanktionsbehaftete Verstöße gegen das Parteiengesetz
46 verursacht, indem er oder sie a) rechtswidrig Spenden entgegennimmt, b) Mittel nicht den
47 Vorschriften des Parteiengesetzes entsprechend verwendet, c) ihrer Rechenschaftspflicht
48 nicht genügt oder d) auf sonstige Weise Sanktionen nach dem Parteiengesetz auslöst, so
49 haftet er oder sie für den daraus entstandenen Schaden.

Begründung

Mit der Änderung in Abs. 2 und 3 wird deutlich gemacht, dass die Erfassung aller personenbezogenen Daten der Zuwender*innen und deren Zuwendungen einheitlich in dem von der Bundesgeschäftsstelle bereitgestellten Mitgliederprogramm angestrebt wird. Die Verarbeitung der Daten in anderen Datenverarbeitungssystemen ist zum Zweck der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz zulässig. Dies setzt jedoch voraus, dass dem Parteivorstand die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschrift nachgewiesen wird. Da in diesem Fall dem Parteivorstand keine Informationen zu den eingezahlten Zuwendungen vorliegen, müssen die Landesverbände zeitnah die zum jeweiligen Monats- und Jahresende geleisteten Zahlungen in einem digital lesbaren Format dem Parteivorstand melden.

Bei einem Ausfall der Vertretungsberechtigten der Kreisverbände ist in der Regel ein langwieriger und aufwändiger Prozess erforderlich, um in Kenntnis der Zahlungsinformationen zu gelangen. Die

Einräumung einer Bankenvollmacht für ein Mitglied des Landesvorstandes durch die Änderung von Abs. 5 soll daher vor allem im Rahmen der Erstellung der Rechenschaftsberichte einen kurzfristigen Zugriff auf Kontoinformationen gewährleisten.

Antrag FO.08: Beitragstabelle der Partei Die Linke

Antragsteller*in: Bundesfinanzrat und Parteivorstand

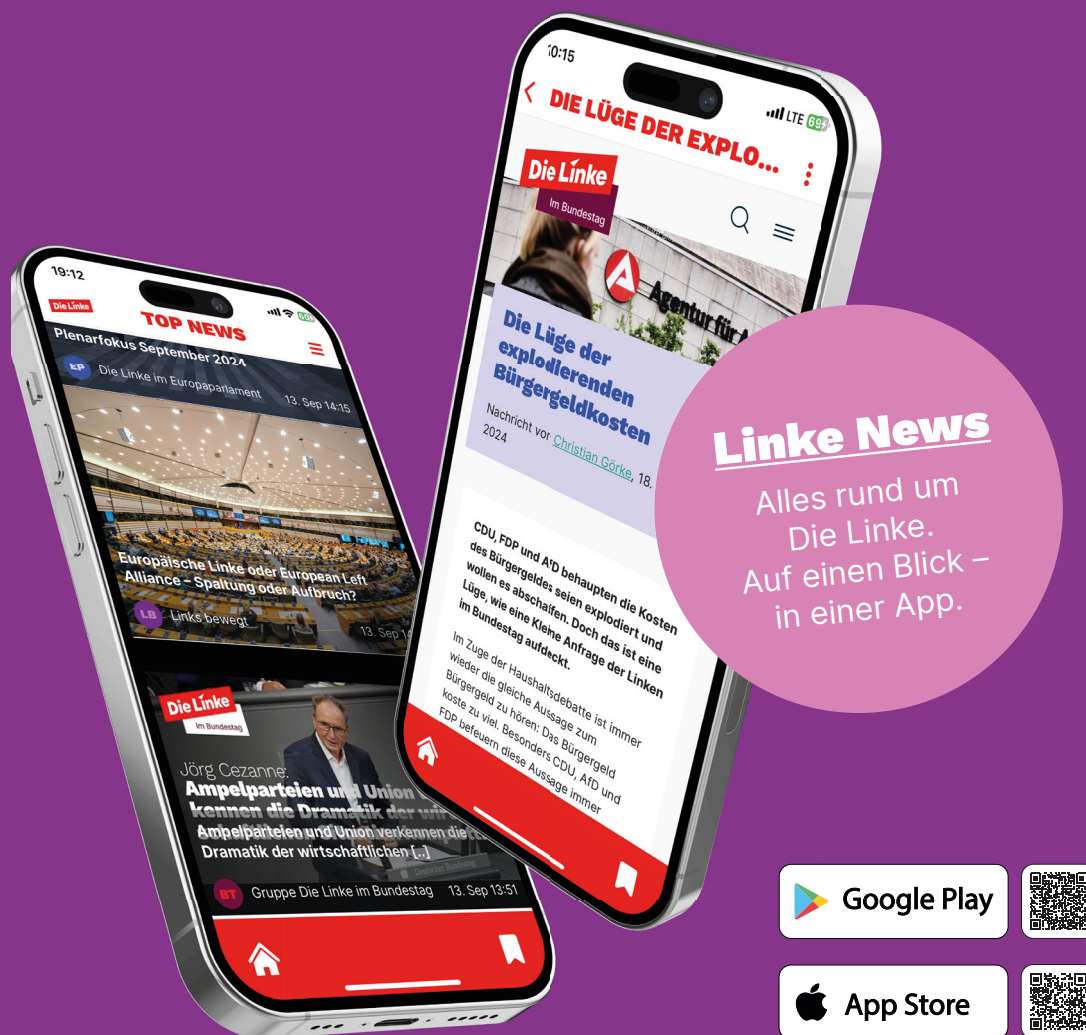
Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Abschnitt „Beitragstabelle der Partei Die Linke“ wird wie folgt gefasst:
- 2 „Die Beitragstabelle ist Bestandteil der Bundesfinanzordnung. Jedes Mitglied stuft sich im
- 3 Rahmen der Tabelle ein. Grundlage dafür sind seine regelmäßig wiederkehrenden Einkünfte
- 4 und Bezüge abzüglich Sozialabgaben und Steuern (siehe Handreichung zur Ermittlung eines
- 5 satzungsmäßigen Mitgliedsbeitrages). Gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern die
- 6 Einkünfte und Bezüge um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. ~~Der so festgelegte~~
- 7 ~~Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß.“~~

Begründung

Gemäß Satzung entrichten die Mitglieder ihre Beiträge auf der Grundlage der Finanzordnung. Die Finanzordnung stellt infolge mit den der Streichung vorangegangenen Ausführungen klar, welches Einkommen der Beitragszahlung zu Grunde zu legen ist. Daher bestätigt der zu streichende Satz nur etwas, das bereits durch die Satzung festgelegt ist und kann somit entfallen.

Wir bleiben in Kontakt



Instagram: @dielinke
TikTok: @die.linke
X: @dieLinke
YouTube: @dielinke

Facebook: linkspartei
Mastodon: @dielinke
WhatsApp: Die Linke
Telegram: dielinke

Bürger*innentelefon:
030 24 00 99 99
E-Mail:
kontakt@die-linke.de